

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich

6. Jahrgang.

Dienstag, 23. November 1926.

Nr. 273.

Das Ende des englischen Kohlentampfes.

Die Kommunisten als Marodeure des Schlachtfeldes.

Die englische Bergarbeiterchaft, die mit geradezu beispiellosem Heldennutze trotz Hunger und ungeheurer Entbehrungen fast sieben Monate im Kampfe gegen die Kohlenherren ausgeharrt hat, kehrt in diesen Tagen zur Arbeit zurück. Die in der vorigen Woche vorgenommenen Distriktsabstimmungen haben wohl eine Mehrheit für die Ablehnung der Regierungsbedingungen und für die Fortführung des Streikes ergeben, aber dieses Abstimmungsergebnis stellt doch nur eine Demonstration gegen die Regierungsbedingungen dar. Tatsächlich ist die Arbeiterchaft, sind aber auch ihre Organisationen am Ende ihrer Kraft angelangt und die Streiklage eine solche geworden, daß die Fortführung des Kampfes nur mehr noch ein nutzloses Opfer von den Streikenden gefordert hätte. Daher hat die Delegiertenkonferenz trotz des Ergebnisses der Distriktsabstimmungen beschlossen, es seien die Verhandlungen distriktweise aufzunehmen.

Es bedeutet keine Schande für die englischen Bergarbeiter, daß ihre Kraft sich vorläufig noch als schwächer als die der Grubenkapitalisten erwiesen hat und es wäre zwecklos zu leugnen, daß das Ergebnis des mit so bewundernswürdiger Zähigkeit geführten Kampfes ein unbefriedigendes Kompromiß ist. Aber die Bergarbeiter sind nicht die allein Geschlagenen. Sie werden in einer Verlängerung der Arbeitszeit auf sieben bis siebenundzwanzig Stunden müßig müssen, aber auch die Verluste der Bergwerksbetreiber und nicht zuletzt die der englischen Volkswirtschaft überhaupt sind ungeheurer und diese Verluste sind für sie unerträglich. Die Verluste, die durch die eingestellte Kohlenförderung sich ergaben, werden auf 96 Millionen Pfund Sterling, also auf fast 10 Milliarden Kč geschätzt. Der Schaden, den die englische Volkswirtschaft durch den Streik erlitten hat, ist mit 400 Millionen Pfund Sterling, das sind etwa 66 Milliarden Kč nicht zu hoch bemessen. Welche Riesensumme dies bedeutet, wird für unsere Verhältnisse am besten durch den Hinweis illustriert, daß das Jahresbudget der Tschechoslowakischen Republik 10 Milliarden Kč beträgt. Dennoch hat sich die Hoffnung, Regierung und Grubenbesitzer würden durch die Auswirkungen des Streikes auf die englische Volkswirtschaft zur Nachgiebigkeit gezwungen werden, als trügerisch erwiesen. Die Wirtschaft des britischen Reiches hat trotz der fast siebenmonatigen Stilllegung des Kohlenbergbaues in einem Ausmaße Widerstand zu leisten vermocht, daß es aussichtslos erscheinen mußte, angesichts der Vermehrung der kämpfenden Bergarbeiter und der geleerten Kassen aller gewerkschaftlichen Organisationen den Kampf noch weiter fortzuführen. Die erwartete Panik ist nicht eingetreten, manche Industrien haben wohl eine teilweise Stilllegung der Betriebe erfahren, aber statt fortschreitender Zerlegung des englischen Wirtschaftslebens ist in letzter Zeit ein neuer Gleichgewichtszustand eingetreten, unter dem die Wirtschaft auch für weitere Monate hätte aufrechterhalten werden können.

Die Ursachen werden nach üblicher Methode von den Kommunisten außer Betracht gelassen und sie stimmen wieder einmal ihr abgeklärtes Verfassungsgeheim an. Dieses Geheimnis ist längst nur mehr obere Schablone. Entsprechend der kommunistischen Theorie, daß jede Aktion der Arbeiterchaft, ob sie nun gut oder schlecht ausfällt, demagogisch den Agitationsbedürfnissen der kommunistischen Partei dienstbar gemacht werden muß, wurde dieses Spiel auch schon anlässlich des Generalstreiks der britischen Arbeiter, den diese zu Beginn des Bergarbeiterkampfes zur Unterstützung der Streikenden ins Werk gesetzt hatten, inszeniert. Auch dieser Generalstreik ist ergebnislos verlaufen. Die Ursachen, die dies bewirkten, sind noch hinlänglich bekannt. Der Streik wurde proklamiert, aber das tägliche Leben konnte fast un-

Kriegsgewinner und Kriegsoffer.

Die bürgerliche Regierung will den Invaliden die spärlichen Renten streichen. — Der Bettelakt für die Helden der „großen Zeit“.

Die bürgerliche Regierung hat es mit der Durchführung ihres Wirtschaftsprogrammes eilig. Sie will noch vor Beginn des neuen Kalenderjahres alle „Reformen“ unter Dach und Fach bringen, die sie sich zum Ziele gesetzt hat. Des Regieren gegen die Arbeiter und gegen die Sozialisten, das Herr Spinnjennisch deutlich als den Zweck der tschechisch-deutschen Koalition bezeichnet hat, muß notwendig auch ein Regieren gegen alle ausgebeuteten, arbeitenden und notleidenden Schichten der Bevölkerung sein. Der letzte „Revolutionsakt“ soll weggeräumt werden, wie es der Prälat Zepel einmal in Oesterreich verkündet hat. Dazu gehört vor allem auch die restlose Zufriedenstellung der Kriegsgewinner auf Kosten der Kriegsoffer.

Mit Zöllen und Steuererhöhung fing es an, die kapitalistische Steuerreform folgte und nun sollen neben den Soldaten, die für den kommenden Krieg erzogen werden, auch die

Opfer des Weltkrieges ihren Teil zur Bereicherung der Kriegsgewinner beitragen.

Die Regierung, die den breiten Massen des arbeitenden und schlecht verdienenden Volkes ungeheure Kosten auferlegt, die schwerwiegend auch die Kriegswitwen und Waisen, die Krüppel und Rentner treffen, hat für diese Keruften der Armen, die Gesundheit oder Leben für die Besiegten opfern mußten, ein besonderes Geschenk vorbereitet, das den Opfern der großen Zeit auf den Weihnachtstisch gelegt werden soll.

Der Finanzminister will alle Renten der weniger als 75prozentigen Invaliden streichen.

Wer die Praktiken der Einteilung kennt, der weiß, daß nur die allerärmsten Fälle in die Klasse der weniger als 75prozentigen Erwerbsfähigen eingeteilt werden. Die große Zahl der Krüppel wurde in die leichteren Gruppen ein-

gestuft seinen Fortgang nehmen, täglich verkehrten fast tausend Eisenbahnzüge, denn in fast allen Zweigen der Industrie, des Eisenbahnwesens und der Schifffahrt ermöglichten hunderte tausende Streikbrecher der Regierung die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung und der öffentlichen Dienste. Die Streikproklamation erwies sich eben als leichter, als die Bewahrung der Klassenolidarität. Die Massen der Arbeiterchaft zerieten sich noch nicht genügend im Geiste des Sozialismus erzogen, aber für die Kommunisten bildete dies alles kein Hindernis, auch damals lediglich die „reformistischen“ Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für die Niederlage verantwortlich zu machen. Den Kommunisten ist niemals ein Spiel zu hoch, sie he keine Verantwortung tragen, haben noch bei keinem Lohnkampf nach den Kampfbedingungen gefragt, ihre Taktik besteht da in, die Arbeiter um jeden Preis in den Kampf hineinzutreiben und sie erklären jeden, der sich durch sein Verantwortungsgefühl gezwungen sieht, die gegebenen Kampfbedingungen zu prüfen, von vornherein als einen Schwächling und Feigling, um ihn dann, wenn der Kampf verloren geht, auch noch als Verräter zu beschimpfen, der den Kampf „abgewürgt“ habe. Dasselbe Geschwätz hört man jetzt: „Ein Verrat von so beispielloser Größe, der sich nur mit dem Verrat des Generalstreiks des englischen Proletariats im Mai vergleichen läßt.“ So lautet auch diesmal die kommunistische Formel. Es mögen tatsächliche Fehler unterlaufen sein, der größte Fehler, an dem aber die kommunistische Agitation in diesem Falle nicht unwesentlich die Schuld trägt, war sicher die Außerachtlassung der gegebenen Kampfbedingungen und die Verleumdung der Kräfte des Gegners, eine Bekenntnis, die weit hinaus zum großen Teil durch die kommunistische Agitation bedingt war. Eine frühere Erkenntnis des beiderseitigen Kräfteverhältnisses hätte die englischen Bergarbeiter eines weit besseren

geteilt, um Zehntausende, die ihre Gesundheit gerettet haben, die ihrer gesunden Glieder beraubt sind, werden mit einer lächerlich kleinen Rente bedacht, die zwar zum Leben zu wenig ist, von der man aber nicht einmal sagen kann, sie sei zum Sterben zu viel. Die Witwen und Waisen sind meist noch älter dran. Sie wurden mit ein paar lumpigen Kreuzern abgefertigt, die kaum für die Wohnungsmieten zureichen.

Wie haben doch die Agrarier und Christlichsozialen im Verein mit den Bürgerlichen anderer Richtungen die „Helden“ gefeiert, die auf das Schlachtfeld hinausgezogen?!

Da war keine Strafe die genug, kein Schwur kräftig genug, den Selben des Schützengrabens den Lohn des dankbaren Vaterlandes zu verheißeln!

Die Agrarier, deren Zollpolitik den Krieg mit Serbien verschuldet hat, die Christlichsozialen, die zum Kriege hielten, hatten allerdings Ursache genug, den Helden, die ihre Haut zu Markte tragen mußten, Versprechungen zu machen. Es ging ja um ihren Krieg und ihren Sieg. Das Durchhalten im Schützengraben, das den Krieg in die Länge zog, brachte den Agrariern und Schiefern Riesengewinne. Aber während sie noch mit tönenden Worten und flatternden Fahnen die Soldaten an der Front feierten, zogen sie den Frauen der Eingekerkerten im Hinterland schon den letzten Groschen aus der Tasche, ja sie nahmen ihnen das letzte Stück Würste aus dem Kasten und beschimpften sie obendrein als

„Unterstützungswiber“.

die angeblich von den paar Kreuzern, mit denen man ihnen Leben und Arbeitskraft des Mannes bezahlte, Gelage freierten!

Nun vollenden die Agrarier und Pfaffen ihre Werk. Sie haben mit Zöllen und Kongruen ihre Profite auf neue erhöht, sie haben ihren Lebensstandard wieder auf das

Kompromißes teilhaftig werden lassen, als es jetzt das Ergebnis ihres Kampfes ist. Es ist zum großen Teil der kommunistischen Agitation, welche große Summen für diesen Zweck aufwendete, zuzuschreiben, wenn die englischen Bergarbeiter jetzt zu schlechteren Bedingungen die Arbeit aufzunehmen gezwungen sind, als dies vor Monaten der Fall gewesen wäre, wenn sie weniger radikal-kommunistischen Agitation und mehr der einsichtsvollen Stimme des Generalrates der Gewerkschaften Folge geleistet hätten. Das sei nicht gesagt, um gegen die englischen Bergarbeiter einen Vorwurf zu erheben, es sei nur festgestellt, um zu beweisen, daß gerade die Kommunisten das Uebel vergrößern halfen, die jetzt die Schuld von sich abzuwälzen und den reformistischen Führern zuzuschreiben suchen. Jedes Kind weiß, daß nicht jeder Lohnkampf der Arbeiter gewonnen werden kann. Diese primitive Wahrheit haben die Kommunisten selbst in zahlreichen Fällen, da sie Lohnkämpfe führten, erachtet. Nur bei den von den „Reformisten“ geleiteten Streiks lassen diese Marodeure des Klassenkampfes sie nicht gelten und sie haben jedes Mißerfolg oder nicht völligen Erfolg als das Werk eines dämlichen, nun schon berufsmäßigen „Verrates“ anzurufen.

Der gigantische Kampf ist zu Ende und wenn er auch den Heldenkämpfern kein unmittelbares Ergebnis gebracht hat, so werden seine Früchte doch nicht verloren gehen. Der proletarischen Welt ist ein herrliches Beispiel der Arbeiterolidarität gegeben worden und er wird dazu beitragen, in England die Erziehung der Arbeiterchaft zum Sozialismus und zum Klassenbewußtsein aufs mächtigste zu fördern. Der Aufstieg des Sozialismus und des Proletariats ist kein geradliniger, Rückschläge sind unvermeidlich. Auch ergebnislose Kämpfe wie dieser, tragen schließlich dazu bei, künftige Siege der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Schieberriveau der glänzenden Kriegszeit gehoben.

Eine Milliarde Kronen profitieren die Agrarier an den Zöllen!

Der Finanzminister aber ermächtigt ihnen noch die Steuern, ihre Löhne werden vom Militärdienst befreit, die „sozialen Kosten“ sollen abgebaut werden.

Das Volk kann alles bezahlen.

Die bürgerliche Regierung fühlt sich so sicher im Sattel, daß sie vor keiner Schandtat mehr zurückschreckt. Acht Jahre nach der Heimkehr der Frontsoldaten, die sich im verlasteten Schützengraben Gift und Tuberkulose, Derrleiden und frange Nerven, verschmetterte Glieder und graßliche Entstellungen geholt haben, damit die anderen im Hinterland verdienen und pressen können, wagt es die Regierung, den Invaliden und Witwen wieder den Bettelakt in die Hand zu geben, damit sie wie anno dazumal vor den Toren der Reich, beschimpft und verhöhnt, um ihr Stüdchen tägliches Brot betteln können! Die wahren Sieger des Weltkrieges, die bestiegenden Schichten aller Nationen, wollen die letzten Früchte ihres Sieges ernten und die Opfer ihrer Schlächterpolitik sollen die Rechnung bezahlen. Bessern fand eine Reihe sehr gut besuchter Versammlungen der Kriegsbeschädigten statt, in denen zahllose Opfer der „Großen Zeit“ lebhaft gegen die Pläne der Nachhaber protestierten. Die Stimmung in den Versammlungen war äußerst erbittert. Die Witwen und Krüppel machten den Eindruck verzweifelter Kämpfer, die ihr Recht mit aller Kraft verteidigen werden. In den Versammlungen wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die am 21. November 1926 tagende Versammlung der Kriegsbeschädigten, organisiert im Bunde der Kriegsüberlebten, Witwen und Waisen der Tschechoslowakischen Republik, Sig Reichenberg, protestiert gegen die von der Regierung beschlossenen Kürzungen in der Kriegsbeschädigtenfürsorgegesetzgebung und sie fordert die politischen Parteien und zwar die Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen Christlichsozialen Volkspartei, des Bundes der Landwirte, der deutschen Gewerkschaften, der ungarischen Nationalpartei, der deutschen Nationalpartei, der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der kommunistischen Partei auf, die von diesen Parteien am 23. und 26. 6. 1926 im Abgeordnetenhause eingebrachten Anträge auf Verbesserung des Versorgungsgesetzes der Kriegsbeschädigten zu betreiben und auf das energischste zu fordern, daß diese Anträge ehestens im Hause behandelt werden.“

Sie erwarten von allen den genannten politischen Parteien, daß sie sich rücksichtslos für die eingebrachten Anträge einsetzen werden und zwar aus der Erwägung heraus eine weitere Verschleppung der Verbesserung der Kriegsbeschädigtenfürsorge, wiederum eine gewaltige Anzahl von Opfern aus den Reihen der Kriegsbeschädigten fordert. Die Tuberkulose findet in den unterernährten und durch die Kriegskorazagen widerstandlos gewordenen Körpern der Kriegsbeschädigten täglich ihre Opfer.

Ein Verzweiflungsschrei klingt durch die Lande, hört ihn, Ihr Regierenden, handelt darnach, Ihr Herrschenden, bevor es zu spät ist!

Wie aus der Entschließung hervorgeht, haben die deutschen Regierungsparteien noch im Sommer einen Antrag auf Besserstellung der Invaliden unterbreitet. Werden sie jetzt, da der Finanzminister die Stilllegung der Renten beabsichtigt, für die Kriegsoffer einstreuen? Wie man die Verantwortlichen kennt, werden sie lachen und dem Befehl des Herrn Englis keinen Widerstand entgegenstellen.

Die Interessen der Invaliden können nicht von den Kriegsgewinnern, nicht von den Kriegshebern, Zöllnern und Kongruisten

geschützt werden. Nur im Bunde mit dem arbeitenden Volke, das unter der Faust der Regierung senkt, das diese Regierung stürzen muß und stürzen wird, will es sich ein besseres Leben schaffen, können auch die Kriegsoffer zu ihrem Rechte kommen. Keine Mimen werden die Bürgerlichen erwidern, nur der entschlossene Kampf der Arbeiter wird sie zwingen!

Die obereschlesischen Wahlen

Kattowitz, am 17. November.

Der Ausgang der Gemeindevahlen in Oberschlesien war für das Ausland eine Ueberraschung. Die große Mandatszahl der Deutschen und die deutschfreundliche Stimmung der obereschlesischen Bevölkerung sind ja wirklich ganz demnach anzusehen, das Gefühl der Ueberraschung hervorgerufen, aber nur bei den — Uneingeweihten. Denn wir, die wir hier leben und arbeiten, haben all dies vorausgesehen. Wir wußten, daß die polnischen Stimmen, die während des Plebiszits im Jahre 1921 abgegeben wurden, unter ganz anderen Umständen erfolgten, daß sich seitdem vieles geändert hat, nicht nur in Oberschlesien, aber auch in der Weltpolitik. — Im Jahre 1921 stand das gesamte deutsche Volk und vor allem Deutschland, unter dem unerträglichen Druck der „Sieger“, Polen dagegen betrachtete sich als bevorzugt und rechnete auf die tätige Mithilfe Frankreichs und der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien. Jetzt aber hat sich vieles geändert, Deutschland ist im Völkerverband, es hat sein Wirtschaftsleben stabilisiert, die Arbeitslosigkeit gemildert; die normalen Vorkriegsverhältnisse kehren langsam aber sicher in Deutschland ein.

Anderes ist es in Polen. Hier krankt die Wirtschaft und anstatt besser, wird es schlechter. Mit jedem Tag wird in Oberschlesien die Deutschfreundlichkeit größer. Das obereschlesische Volk überzeugt sich, daß der wirtschaftliche Moment mindestens ebenso wichtig ist, wie der politische und nationale. Zwar wurde die Wirtschaftskrise infolge des englischen Streiks etwas kleiner, aber beseitigt ist sie noch keineswegs. Schnelauflauf von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, eine nicht doppelte Verelendung der Massen — das ist die Folge der bisherigen polnischen Politik in Oberschlesien. Dazu kommt noch die verkehrte Schulpolitik und Sprachenpolitik, und das Bild ist fertig.

Also war es für den Eingeweihten vorauszu sehen, wie die Sonntags stattgefundenen Gemeindevahlen ausfallen werden. Deshalb machten die Korstanteute, Anstrengungen bei der Regierung, die Wahlen für einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, aber der jetzige Wotmode (Wapen) Straßkuss, ein überzeugter Demokrat, stellte sich gegen dieses Projekt und nicht nur, daß er auf dem sonntägigen Wahltermin bestand, er vergah auch nicht alle Vorkehrungen zu einem parteilosen und anständigen Wahlgang zu treffen. Die Ruhe wurde nirgends gestört, jeder Wähler konnte frei seinen Willen bekunden.

Johannmächtig genommen, erhielten die Polen in ganz Oberschlesien 188 Mandate, die Deutschen 109. In allen Städten, mit Ausnahme von Bystrzyca, erhielten die Deutschen die Mehrheit. In manchen Orten haben die Deutschen die Mehrheit, trotzdem die Polen bei der Plebiszitabstimmung gegen 90 Prozent der Stimmen erhielten.

Die polnische Presse schlägt Alarm. Die nationalistische Presse schreit die Schuld den polnischen Sozialdemokraten zu, die das Projekt der polnischen Einheitsliste nicht ausnahmen und dem Wotmode Straßkuss zu. Die polnischen Genossen dagegen verweisen mit Recht auf die kolossalen Fehler, die sich die polnische Regierung in Bezug auf Oberschlesien zu Schulden kommen läßt. Die Verwaltung ist eine elende, die Minderheitsfrage nicht erledigt, die Industrie brachgelegt, der Handelsvertrag mit Deutschland nicht unterzeichnet. Dies alles sind grobe Fehler, die auf die Stimmung der obereschlesischen Massen Einfluß hatten. Die polnischen Genossen rufen also der Warschauer Regierung entsprechende Vorwürfe aus der letzten Wahlperiode zu ziehen.

Parteilosheit können die Sozialdemokraten bei der Nationen verhältnismäßig zufrieden sein. Zwar ist die nationalistische Welle noch ziemlich groß, aber bei entsprechender Arbeit werden die Massen begreifen, daß nur die Sozialdemokratie die wirkliche Vertreterin der Arbeiterschaft ist. Jeder ist ein Zusammengehen beider Bruderparteien noch nicht denkbar, aber wir hoffen, daß sich die Einsicht bei den polnischen Genossen einfinden wird und daß in Kürze eine gemeinsame Kampffront gebildet wird.

Auch die Kommunisten schreiten bei den Wahlen schlecht ab. Sie sind eine im Schwinden begriffene Gruppe und je eher sie gänzlich verschwinden werden, desto eher wird die Einheitsfront der Arbeiterschaft zustande kommen. Dies lehren speziell die Verhältnisse in Polnisch-Oberschlesien, wo die kommunistische Zerstörungsarbeit viele soziale Errungenschaften der Arbeiterschaft unmöglich gemacht hat.

Beuthen, 22. November. Von den Gemeindevahlen in Polnisch-Schlesien liegen nunmehr endgültige Wahlergebnisse aus den Wahlkreisen Kattowitz, Königshütte Stadt, Landkreis Kattowitz und Kreis Schwintochowitz vor. Die Zahl der gültigen Stimmen betrug in diesen vier Kreisen 240.953. Davon entfallen auf die deutsche Wahlgemeinschaft und die deutschen Sozialisten 132.063, auf rein polnische Parteien 89.551 und auf die gemischten Parteien 19.339 Stimmen, davon 4340 auf die Kartos-Gruppe, 6357 auf die Kommunisten und 8642 auf die national gemischten Mittel- und Wirtschaftsparteien. Diese endgültigen amtlichen polnischen Wahlergebnisse bestätigen den großen Sieg des Deutschland in der Industriezone, wozu die genannten vier Kreise gehören. Bezeichnend ist auch, daß beispielsweise im Landkreis Kattowitz bei dem Plebiszit im Jahre 1921 66.191 polnische und 52.892 deutsche Stimmen abgegeben wurden. Bei den jetzigen Gemeindevahlen 1926 deutsche und nur 34.530 polnische Stimmen.

Das reaktionäre Budget und der reaktionäre Finanzminister.

Rede des Genossen Hadenberg in der Budget-Debatte.

Prag, 22. November. In der heutigen Budgetdebatte beschäftigte sich Genosse Hadenberg mit dem vorgelegten Budget und deckte dessen antisozialen Charakter auf, der nicht zum kleinsten Teil in der Wandlung des Finanzministers begründet ist, der sich vom objektiven Volkswirtschaftler nur allzu schnell zum verlässlichen und getreuen Finanzminister der Bourgeoisie entwickelt hat. Schärfste Worte der Verurteilung fand Genosse Hadenberg für die deutschbürgerlichen Regierungsparteien, die sich an den Slowaken ein Beispiel nehmen sollten, wie man durch tüchtige Verhandlungen wegen des Regierungseintritts etwas erreichen kann.

Zum Schluß legte unser Redner den unglaublichen Skandal bloß, der durch die Coburg-Affäre entstanden ist und der durch die zumindest merkwürdige Haltung einiger Minister und hoher Beamter noch vergrößert wird, und verlannte sofortige Aufklärung.

Inzwischen tut die Regierung nichts, um diese Aufklärung zu beschleunigen. Die Anträge auf parlamentarische Untersuchung liegen noch immer im Initiativanschuß. Dagegen hat Minister Hodza dem Parlamentspräsidenten den Antrag auf Erteilung einer Rüge an den Abgeordneten Kreibitz zugehen lassen wegen der Äußerungen, die Kreibitz in der letzten Sitzung über den Minister im Zusammenhang mit dieser Affäre machte.

Von den übrigen tschechischen Rednern waren die Ausführungen des Nationalsozialisten Patejbl von Interesse, der den positiven Standpunkt seiner Partei zur Regierung in außenpolitischer Hinsicht unterstrich, während sie in der innerpolitischen oppositionell sei. Ob diese oppositionelle Haltung in dem Maße, daß die Verhandlungen mit den Slowaken scheitern sollten und Swehla sich nach einer anderen Hilfe umsehen müßte, von Daxer wäre, wird allerdings von vielen Seiten bezweifelt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 23. November, um 9 Uhr vormittags.

Einleitend kritisierte Genosse Hadenberg das geringe Interesse an der Beratung des Staatsvoranschlags. Die Art der Beratung und Verabschiedung des Budgets bringt es aber mit sich, daß nicht nur die Mehrheitsparteien, sondern auch die Opposition immer weniger Interesse an der Beratung des Voranschlags zeigt.

Da alle Kritik des Budgets nichts nützt, sondern alle Anzogenen unberücksichtigt bleiben. Wir haben von jedem der Berichtshalter im Ausschuß vernehmen können, daß er die unändere Annahme des in Beratung stehenden Kapitels verlangt, und

von all den Abänderungs-Anträgen, welche im Budgetauschuß gestellt wurden, ist nicht ein einziger angenommen worden.

Im Bericht des Herrn Generalberichterstatters wird festgestellt, daß 28 Resolutionen angenommen wurden; das ist das Ganze, was der Budgetauschuß beschloffen hat. Dabei pflegt aber die Regierung auch solche Resolutionen, welche die einseitige Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaft gefunden haben, nur selten zu beachten. Davons ersehen Sie schon, wie wenig Wert die Annahme solcher Resolutionen hat.

Zweck der Generaldebatte über den Staatsvoranschlag ist auch die Stellungnahme zu den Verhältnissen im Staate überhaupt und zur Regierung im besonderen. Der Vertreter unseres Klubs hatte bei der an die Vorstellung des neuen Ministeriums anschließenden politischen Debatte bereits Gelegenheit, unsere Stellung zur Regierung und zur Koalition zu kennzeichnen. Ich kann mich daher damit begnügen, mich mit der gegenwärtigen Situation zu befassen.

Wir stehen in der Verhandlung des Voranschlags und die gegenwärtige Regierung befindet sich auf der Suche nach einer Mehrheit noch immer in Schwierigkeiten.

Während wir hier im Hause den Voranschlag behandeln, wird hinter den Kulissen weiter verhandelt, um eine der Parteien des Hauses für die Regierungsmehrheit zu gewinnen. Dieses Verhandeln ist eigentlich nichts anderes als

ein schäblicher Kuhhandel.

Es handelt sich bei diesen Verhandlungen nicht um die Erfüllung programmatischer Grundätze, sondern es ist ein schäbliches Verhandeln über die Ministerliste, über eine Anzahl von Stellen, über persönliche Vorteile, die gewährt werden sollen. Aber wir müssen anerkennen, daß die Partei, um die es sich handelt, bei den Verhandlungen ziemlich zäh ist und so viel als möglich herauszuschinden sucht. Es haben sich eben die Slowaken ein Beispiel an den Verhältnissen des alten Oesterreich genommen und sie führen die Verhandlungen so ähnlich wie im alten Oesterreich die Polen. Der Tschechoslowakische Staat hat ähnliche Schwierigkeiten durchzumachen wie das alte Oesterreich, weil er kein National-, sondern ein Nationalitätenstaat ist. Bei diesen Schwierigkeiten zeigt es sich, daß auch die Methoden des alten Oesterreichs angewendet werden, daß man verhandeln und Zugeständnisse machen muß.

Die Slowaken sind ziemlich hartnäckig; sie sind nicht gewillt, so ohne weiteres auf bloße Versprechungen hin in die Regierung einzutreten und der Regierung das zu unterstützen, was sie wünschen. An dem Verhalten der Slowaken bei diesen Verhandlungen hat

ten jene Parteien, die bereits in die Regierungsmehrheit eingetreten sind, sich ein Beispiel nehmen sollen; ich meine die Parteien des deutschen Bürgerturns, die der Zustimmung angehören. Sie sind in die Regierung eingetreten, ohne daß ihnen welche Zugeständnisse gemacht worden sind, ohne daß die Voraussetzungen für einen solchen Eintritt gegeben gewesen wären.

Es haben schon Führer der einzelnen Parteien draußen in der Öffentlichkeit ohne weiteres zugegeben, daß sie sich bedingungslos bereit erklärt haben mitzutun. Sie haben wohl durch diesen Eintritt in die Regierung eine Stärkung des tschechischen Bürgerturns herbeigeführt, aber es ist der Regierung bisher noch nicht gelungen, die Mehrheit zu finden, die sie braucht.

Wie wenig die Voraussetzungen für den Eintritt der Deutschen in die Regierung erfüllt worden sind, wie ihnen so gar keine Zugeständnisse gemacht wurden, erklärt Genosse Hadenberg sodann ausführlich an den beiden Sprachenscheidenfällen im Budgetauschuß, wo der deutsche Justizminister von der tschechischen Mehrheit dazu kommandiert wurde, den Verhandlungen fernzubleiben, und an den schmählischen Rückzug des Landbändlers Windisch, der als Referent einen schwachen Anlauf dazu nahm, ein deutsches Referat zu halten.

Die Herren der deutschen Regierungsparteien hätten sich diese Demütigung ersparen können, wenn sie sich vorher vergewissert hätten, ob man ihren Bedürfnissen Rechnung tragen wird.

Nicht das erstmal wurde der Versuch unternommen, als Berichtshalter sich der deutschen Sprache zu bedienen. Im Jahre 1920 haben auch wir kurz nach Zusammentritt des Parlaments Referate zugewiesen bekommen. Man hat es eine Zeitlang geduldet, daß die Berichtshalter deutsch referierten und nur die eigentliche Forderung des Berichtes am Schluß in der Staatsprache vorgebracht haben. Als man das erstmal versuchte, dies zu verhindern, haben wir es natürlich abgelehnt, weiterhin zu referieren, und haben Referate nicht mehr übernommen. Jetzt sind aber die Herren von der Regierungspartei wie die gepörrigten Hunde wieder heringekommen und haben den Anforderungen von Seiten der Majorität Rechnung getragen. Sie leben also den gewaltigen Unterschied, der zwischen den Slowaken und den deutschen Regierungsparteien bei der Verhandlung über den Eintritt in die Regierung besteht.

Der Kitt für die tschechisch-deutsche Mehrheit ist einzig und allein die Interessengemeinschaft der bürgerlichen Parteien beider Nationalitäten

wie sie zuerst bei den Jollen und bei der Kongruenz zum Ausdruck kam. Wenn wir uns das Programm der bürgerlichen Parteien und die Äußerungen einzelner Wortführer ansehen, so kommen wir bald darauf,

daß das Bindeglied zwischen ihnen ihre antisozialen Handlungen und antisozialen Bestrebungen sind.

Voranschlag, Motivenbericht, das Erposedes des Herrn Finanzministers und der Verlauf der Verhandlungen im Budgetauschuß bieten uns genügend Beweismaterial über die Absichten der Koalitionsparteien, soweit diese Absichten nicht schon in die Tat umgesetzt worden sind; in den Ziffern des Voranschlags kommen wir schon darauf, daß es antisozialistische Tendenzen sind. Der Herr Finanzminister hat erklärt, daß

der Budgetüberhuß

von 20 Millionen nicht konstruiert, sondern wirklich vorhanden sei. Wenn wir uns die Mehreinnahmen ansehen, so ist es die ausschlaggebende Post von 1.044 Milliarden, die beim Kapitel Finanzministerium als Mehreinnahme bezeichnet ist. Dieser Mehreinnahme soll außer durch Eintreibung der Steuerrückstände insbesondere durch höhere Erträgnisse der Umsatzsteuer und der Zölle erzielt werden.

Wir haben uns im Ausschuß eingehend mit der größten Steuerpost, der

Umsatzsteuer,

beschäftigt und dem Herrn Finanzminister ins Gedächtnis gerufen, daß er es war, der die Umsatzsteuer in einer Broschüre als unmoralische und antisoziale Steuer, welche die Ärmsten der Bevölkerung am meisten treffen wird, bezeichnet, und am Schluß dieser Broschüre zu dem Ergebnis kam, daß das Gesetz eben wegen seiner antisozialen und unmoralischen Tendenz zu befehlen sei und wieder aus der Welt geschafft werden müsse. Darauf hat der Herr Finanzminister erklärt, es sei das beste Mittel, das Umsatzsteuergesetz um 1/2 Prozent herabzusetzen, dagegen die Steuerhürden fester anzulegen und für die Erzielung eines höheren Ertrages zu sorgen; nur unter dieser Voraussetzung könne man an eine Herabsetzung der Umsatzsteuer denken. Also keine Rede mehr von der Aufhebung der Steuer, sondern ein vermehrter Druck, damit der Steuerertrag noch höher werde.

Auch die Haltung des Herrn Finanzministers zu den Jollen ist äußerst interessant.

Er hält feste Jolle für eine Wohltat für unsere Volkswirtschaft, weil durch die Jolle eine Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung herbeigeführt

werde. Er hat dann aber zugeben müssen, daß diese Steigerung der Kaufkraft nur bei einem geringen Bruchteil der Bevölkerung zu gewärtigt ist, während diese Jollpolitik eine weitere Verelendung der Massen mit sich bringt.

Und nun einige Worte zu den Ersparungen.

Der Herr Finanzminister hat sich ungeheuer viel darauf zugewandt, daß beim

Verteidigungsministerium

sehr gespart wurde. Bei näherem Zusehen erweist sich das als ein plumper Schwundel, da den 505 Millionen, um die das Budget des Verteidigungsministeriums äußerlich reduziert wurde,

315 Millionen Neuausgaben für den Rückstellungsfonds

gegenüberstehen, die in dem Kapitel „allgemeine Kassenverwaltung“ untergebracht sind. Nur durch die ganz willkürliche Einstellung der Teuerungszulagen der Mannschaft und bei der Mannschaftsverpflegung soll gespart werden; selbst bei diesen Ersparungen wird also antisozial vorgegangen.

Die 12 Millionen Ersparungen beim Kapitel

„Soziale Fürsorge“

werden dort heringebracht, wo es die Bevölkerung am härtesten trifft, bei der Arbeitslosenfürsorge und bei der Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Der Herr Finanzminister hat eine

Reform des Kriegsbeschädigtengesetzes

angekündigt; die kleinen Renten sollen beseitigt und dafür 100prozentigen Invaliden mehr gegeben werden. Das ist aber nicht der eigentliche Zweck der Uebung, denn der Herr Finanzminister hat ausdrücklich erklärt, daß ohne Reform des Kriegsbeschädigtengesetzes das Budget nicht aktiv erhalten werden konnte. Davons geht hervor, daß es ihm nur darum zu tun ist, das Kriegsbeschädigtengesetz so zu ändern, daß der Staat wesentliche Ersparungen machen kann. Nun wissen wir, daß die Lage der Kriegsbeschädigten ohnedies eine elende ist und daß es notwendig wäre, den Forderungen ihrer Organisationen Rechnung zu tragen.

Als vor kurzem eine Deputation der Kriegsbeschädigten hier im Hause vor sprach, da hat der Vertreter der deutschen Christlichsozialen, Herr Bobel, ihnen versichert, daß seine Partei mit aller Entschiedenheit für ihre Forderungen eintreten werde.

Auch in den Versammlungen der Kriegsbeschädigtenorganisationen anerkennen die Herren der Mehrheitsparteien die Berechtigung der Forderungen der Kriegsbeschädigten und versprechen, für sie einzutreten.

Was für ein Schwundel aber mit diesen Allerärmsten getrieben wird, können wir aus dem Budget erleben. Der Herr Finanzminister hat für die Kriegsbeschädigtenfürsorge denselben Betrag eingestellt, wie im vorjährigen Budget, obwohl man im letzten Jahre um 145 Millionen mehr aufwenden mußte, als präliminiert waren.

Als wir daher den Antrag einbrachten, die Post „Invalidenfürsorge“ selbstverständlich um diesen Betrag zu erhöhen, da haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die den Kriegsbeschädigten vorher alle möglichen Versprechungen machten und noch machen, im Budgetauschuß den Mut aufgebracht, unseren Antrag nicht überzustimmen, und so gezeigt, daß sie es mit den Invaliden nicht ernst meinen.

Genosse Hadenberg stellt weiter zu der angeblichen Aktivität des Budgets fest, daß der Herr Generalberichterstatter und der Finanzminister wohl selbst nicht glauben, daß sie

die Vorschüsse auf die Lehrergehälter,

die auf Grund des Paritätsgesetzes den autonomen Körperschaften gemacht wurden, jemals zurückbekommen werden.

Wären diese Vorschüsse im Budget ordnungsmäßig berücksichtigt worden, so müßte der Voranschlag mit einem erheblichen Defizit schließen.

Bei der Arbeitslosenfürsorge müssen wir feststellen, daß hier nur mehr 11 Millionen ausgetroffen sind gegen 27 Millionen im Vorjahr.

Als das Genter System beschlossen wurde, hat wohl niemand daran gedacht, daß das Gesetz zur Zeit der ärgsten Wirtschaftskrise in Kraft gesetzt werden könne. Das ist aber geschehen und so kann nur ein geringer Bruchteil der Arbeitslosen der Unterstützungsfähig teilhaftig werden, weil das Gesetz in einer Zeit in Kraft gesetzt wurde, da schon große Arbeitslosigkeit herrschte. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß zur Zeit der Krise mindestens eine ausgiebige Staatshilfe notwendig ist. 11 Millionen im Budget für Arbeitslosenfürsorge, das ist die Antwort des Herrn Finanzministers, der uns auf unsere Anträge hin auf einen eventuellen Nachtragskredit verweist hat.

Bei den sozialen Lasten hat Herr Dr. Engel sehr damit gepörrt und gepörrt, was die Tschechoslowaken an sozialen Fürsorgeeinrichtungen schon alles leisten, und hat alles Mögliche und Unmögliches diesem Kapitel zugehört. Ich habe im Budgetauschuß den Herrn Finanzminister an seine bessere Vergangenheit erinnert und meiner Ueberraschung über den Wandel in seinen Ansichten Ausdruck gegeben. Es mag sein, daß Genosse Bobel mit seinem Zwischenruf recht hat, daß dies vor jener Zeit gewesen ist, ehe er Verwaltungsrat

wurde. Hauptächlich aber ist die Ursache dieses Vermögenswechsels wohl die.

daß sich der Herr Finanzminister jetzt so ganz als der Finanzminister der Jostkoalition fühlt.

da er im Kabinett eigentlich ein Beamtenminister ist.

Genosse Pohl: „Ein gelaufter Wissenschaftler.“ Genosse Hadenberg: „Nag sein, daß er als solcher zu behandeln ist, jedenfalls hat er sich von der Regierung für diesen Zweck mißbrauchen lassen.“ Beim Durchlesen des Erposes kommt man zu der Ansicht, daß Dr. Englis den Befähigungsnachweis als Mitglied der agrarischen Partei erbringen will, denn so sehen seine Äußerungen zur Begründung der Laten der Jostkoalition aus. Herr Dr. Englis ist in allen seinen Äußerungen reaktionär geworden. Er hat sich in seinem Erpose für die Herabsetzung der sogenannten

Produktionssteuern eingeschrieben. Wenn wir in der Steuerreformvorlage nachsehen, wie das Herr Dr. Englis meint, so finden wir eine Herabsetzung der Steuer für die bestehenden Klassen und ihre Anlastung auf die beschlossenen Klassen oder zumindest eine ungleiche Herabsetzung der Steuerlast zugunsten der Besitzenden. Als eine Erleichterung der Produktion empfindet es der Herr Finanzminister, daß manche Unternehmer

die Einkommensteuer für die Angestellten selbst bezahlen. Besonders die Bankangestellten haben es ihm angetan. Als wirksames Mittel zur notwendigen Herabsetzung des Zinsfußes sieht er die Verminderung der Regiekosten der Banken an, die dadurch herbeigeführt werden soll, daß sich die Angestellten ihre Einkommensteuer selbst zu bezahlen haben. In den „Libove Roviny“ vom Sonntag hat er einen langen Artikel über die Unübertragbarkeit der Einkommensteuer geschrieben und diese zu begründen versucht. Er verzicht dabei, daß die Unternehmer die Steuer ja nicht aus ihrer Tasche bezahlen, sondern dem Angestellten eher um diesen Betrag weniger Lohn oder Gehalt geben.

Eine Milderung des bisherigen Zustandes müßte eine schwere Schädigung der Angestellten, eine empfindliche Herabsetzung ihres bisherigen Einkommens bedeuten,

da obgleich in seinem entsprechenden Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung steht.

Der Herr Finanzminister hat aber auch von der

„Mißwirtschaft bei den autonomen Körperschaften“

sowie davon gesprochen, daß man dort einen Sparzwang einführen müßte, und hat auch schon einen diesbezüglichen Gesetzentwurf über die Regelung der Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper eingebracht. Wir haben alle Ursache, schon jetzt dagegen auf das entschiedene Stellung zu nehmen. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Gemeinden nicht nur große Verluste zu tragen haben, zu denen eigentlich der Staat verpflichtet wäre. Ausgaben in sanitärer Hinsicht für Schulgebäude und Arbeitslokalen für die Gemeinden auch darunter. Sondern, daß die Gemeinden auch darunter zu leiden haben, daß ihnen der Staat die Steuerhoheit genommen und sie auf den Umweg angewiesen hat. Wie hoch diese Umlagen bei manchen Gemeinden durch die übermäßige Belastung werden, sehen wir besonders in Mähren, wo das sogenannte Verpflegungsbedienstetel von den Gemeinden zu bezahlen ist, das viel von den Hunderten von Prozents des Steuerzahlers hoch Hunderte von Prozents des Steuerzahlers ausmacht. Der Herr Finanzminister hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig sein werde, diese auf eine Ausnahmebestimmung für Mähren auch in den anderen Ländern einzuführen. Wir werden uns mit aller Entschiedenheit dagegen wehren.

Genosse Hadenberg geht dann auf

die Staatsschulden

ein, die mit 35 Milliarden ausgewiesen werden. Mehr als eine Milliarde ist für den Zinsendienst erforderlich, 600 Millionen für die Tilgung und 50 Millionen für die Verwaltung. Der Passus, daß das Verhältnis der Staatsschulden „sozialer“ vollständig ist, ist etwas eigenartig. Der Herr Berichterstatter hat den mutmaßlichen Betrag von 30 Milliarden für die Reparationschuld von 30 Milliarden für die Reparationschuld als Zinseszins erklärt. Ich kann den Herrn Berichterstatter daran erinnern, daß es der Außenminister Dr. Benes war, der dieser sogar einen Betrag von 30 Milliarden genannt hat.

Wir möchten endlich schon einmal wissen, wieviel wir schuldig sind.

Der Herr Berichterstatter hat sich erklärt, wir seien nahe daran, ein Friedensbudget nahe an den Ziffern der Vorkriegszeit zu haben. Ich habe nur gewünscht, daß der Herr Berichterstatter auch festgestellt hätte.

ob die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung und die Wirtschaftsverhältnisse sich auch schon in diesem Maße der Vorkriegszeit nähert haben, ob die Kaufkraft des Lohnes und die Löhne der einzelnen Arbeiter im selben Verhältnis zu den Vorkriegszeiten stehen.

Wenn dies der Fall wäre, dann könnte man frohen und pechlen, aber nicht mit dem Differenzial des Generalverdieners.

Wir haben keine Ursache zum Jubel, sondern im Gegenteil, alle Ursachen zum Klagen. Die Krise hat lange noch nicht den Höhepunkt überschritten und ist bei uns nicht weniger schmerzhaft, als in anderen Ländern. Die

Ziffern über die Arbeitslosigkeit hängen stark von der Art der Fählung ab, ob man nämlich imstande ist, alle Arbeitslosen zu zählen, oder nur die zählt, die eine Unterbringung bekommen, oder nur diejenigen, die die Arbeitsvermittlungsdienste in Anspruch nehmen. Durch die vorgelegten Arbeitslorenziffern ist das ganze Elend der Bevölkerung keineswegs erfasst. Sehen Sie sich an, wie es mit den beschäftigten Arbeitern ausseht; und namentlich mit der Kurzarbeit, die eine ständige Einrichtung geworden ist. Da ist das Elend groß und das muß natürlich auch in Berücksichtigung gezogen werden. Nun haben die Regierungsparteien durch die Verteuerung der Lebensmittel und die Fülle eine weitere Verschlebung herbeigeführt.

Ferner hat die Regierung die Absicht, mit der freien Wirtschaft auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens einzusetzen. Das so notwendige Bauförderungsgeß wird nicht in Angriff genommen, dagegen besteht der Plan,

eine Erhöhung der Mietzins herbeizuführen. Wenn nun diese angelegte Reform kommen sollte, dann wird auch noch den allerärmsten Leuten der Mietzins in die Höhe getrieben und eine weitere Verschlebung muß eintreten.

Genosse Hadenberg beschäftigt sich nun weiter mit den verschiedenen antisozialen Tendenzen, die sich in dem Verlangen nach Durchbrechung der Sonntagsruhe, Aufhebung des Achtstundentages und in dem Sturm auf gegen die Sozialversicherung zeigen, und verlangt u. a. auch die baldige Durchführung der Wahlen in die Sozialversicherungsinstitute, die den Herren von den Regierungsparteien momentan zu gefährlich erscheinen, so daß der Fürsorge minister S r a m e l angeßlich schon die Einsetzung von Verwaltungskommissionen und die Ernennung von Schiedsrichtern plant. Weiters will man die 18monatige Dienstzeit aufrechterhalten und die Deutschbürgerlichen wollen dem diesbezüglichen Antrag mit der Parole zustimmen, daß der deutsche Bauer eine wohl ausgebildete Armee brauche, ebenso wie sie für den Reptilienfonds von acht Millionen, für die französische Militärmission und für alle Ausgaben für die Regierungspresse stimmen, die sie bisher bekämpft haben, und sogar für das Bodenan, in dem sie auch heute noch keinen Vertreter haben.

Der Landbändler Windirsch hat dies als

Schönheitsfehler erklärt, wie sie in jeder Vernunftsee vorkommen. Es ist also eine Vernunftsee, die sie abgeschlossen haben und sie verpfosten die Schönheitsfehler, die sie bereit sind in Kauf zu nehmen!

Genosse Dr. Czech: „Also ein Plaster darauf aus dem Dispositionsfonds!“

Genosse Hadenberg wendet sich zum Schluß seiner Ausführungen sodann der

Coburg-Affäre

zu und weist auf den diesbezüglichen Antrag unserer Fraktion hin, daß der Ministerpräsident darüber dem Hause Aufklärung geben soll. Er verweist darauf hin, daß wir ein eminentes Interesse daran haben, wieso die lex Cyrill in das Gesetz über die Fideikommiss gekommen ist, und deutet die Widersprüche zwischen dem Vertreter des Außenministeriums und dem Vertreter des Justizministeriums auf, von denen niemand die Urheberchaft auf sich nehmen will.

Was uns besonders interessiert, sind die Gründe, warum der bisherige Untersuchungsrichter abgesetzt wurde, warum man den Staatsanwalt ausgewechselt und einen anderen Staatsanwalt mit dieser Angelegenheit betraut hat.

In jedem anderen Staate würde sich ein Minister bereit finden, auf diese bezüglichen Fragen zu antworten. Wir hier sind nicht imstande, dies zu erzielen. Wir haben gelesen, daß sich der Herr Justizminister den Akt geben ließ, um denselben zu studieren. Es genügt uns nicht, wenn der Justizminister den Akt liest. In jedem anderen Staate würde der Justizminister ins Parlament kommen und über eine Affäre, die so viel Staub aufgewirbelt hat, der gesetzgebenden Körperschaft Bericht erstatten.

Wenn dies dem Herrn Justizminister sprachliche Schwierigkeiten bereiten sollte, wir haben nichts dagegen, wenn er seinen Sektionschef mit dieser Aufgabe betraut. Uns würde auch dies genügen, aber Aufklärung wollen wir haben.

In jedem anderen Staate, in dem solche Angriffe erhoben werden, wie gegen den derzeitigen Schulminister Dr. Hodza, würde es der Minister für notwendig erachten, vor die gesetzgebende Körperschaft zu treten und derselben klaren Wein einzufchenken.

Es ist eine Mißachtung der gesetzgebenden Körperschaft und ihrer Rechte, daß man es bisher nicht für notwendig gefunden hat, aus freien Stücken heraus vor das Plenum zu treten und Aufklärung zu geben.

Wenn Sie das alles ins Augen fassen und berücksichtigen, daß mit der Bewilligung des Voranschlags auch eine Vertrauensabgabe für die Regierung verbunden ist, werden Sie begreifen, daß wir für eine solche Vertrauensabgabe nicht zu haben sind und

daß wir gegen das Verbot stimmen, nicht nur weil wir mit dem Inhalte desselben nicht einverstanden sind, sondern weil wir durch diese unsere Handlung, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen wollen. (Lebhafte Beifall und Handclatschen.)

Niederlage der Koalition im sozialpolitischen Ausschuß.

Ein geglückter Vorstoß des Genossen Taub in der Invalidenfrage. — Die Deutschbürgerlichen in der Klemme.

Prag, 22. November. Im sozialpolitischen Ausschuß stand heute die Zuteilung des Armeninhalts auf der Tagesordnung. Genosse Taub benützte diese Gelegenheit, um zu verlangen, daß der Regierungsvorschlag über die Festsetzung der Einkommensgrenze der Kriegsbeschädigten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werde. Im Zusammenhange damit

stellte Genosse Taub den weiteren Antrag, daß überhaupt alle die Kriegsbeschädigtenfürsorge behandelnden Initiativanträge der verschiedenen Parteien gleichzeitig mit der Regierungsvorlage im Ausschuß behandelt werden sollen.

Die wichtigsten sind die Anträge auf entsprechende Erhöhung der Invalidenbezüge, die im Einklang mit den Forderungen der Kriegsbeschädigtenorganisationen schon vor vielen Monaten von unserer Partei, den Kommunisten und auch von den Deutschbürgerlichen gestellt wurden, ferner ein Antrag unserer Fraktion auf Eröfnung einer nachträglichen Annahmefrist für Kriegsbeschädigtenrenten, da der seinerzeitige Entschluß von vielen aus Unkenntnis der Dinge verfaßt wurde. Selbst die Koalition hat die Notwendigkeit dieses Antrages eingesehen und ihn daher — um unserer Partei den Rang abzulassen und ja nicht einer Vorlage einer Oppositionspartei annehmen zu müssen, vor einigen Tagen als eigenen Initiativantrag des Abgeordneten C u f i l eingebracht.

Durch den Antrag Taub geriet die Koalition und namentlich die deutschen Landbändler in nicht geringe Verlegenheit.

da es bei einer Verhandlung der eingebrachten Anträge auf Verrücktheit der Kriegsbeschädigten zum Vorschein kommen müßte, daß sie, wie auch Genosse Hadenberg in seiner Budgetrede ausführt, ihnen wohl alle möglichen Versprechungen machte, ohne an die Einlösung dieser Versprechungen auch nur im geringsten zu denken. Das wahre Gesicht der Koalition hat sich ja schon in der Budgetdebatte im Ausschuß gezeigt, wo sie, die Deutschbürgerlichen mit eingeschlossen, nichts an der Absicht des Finanzministers auszusuchen fanden, am Budget der Kriegsbeschädigtenfürsorge fast 150 Millionen zu ersparen und so das Budget auf Kosten der ärmsten Krämpel ins Gleichgewicht zu bringen. Die Abgeordneten hatten schon vorsichtshalber ihr Ausschußmitglied C u f i l durch einen anderen ersetzt, um sich nicht gar zu sehr bloßzustellen.

Nun war aber, da die Präsenz der Regierungsparteien zu wünschen übrig ließ und insbesondere die deutschen Sozialdemokraten, die tschechischen Nationalsozialisten — die deutschen fehlten bei dieser wichtigen Sitzung —, und die Nationalpartei vertreten war, in der Mehrheit und der Antrag Taub wurde somit mit 11 gegen 9 Stimmen zur großen Berührung der Regierungsparteien angenommen, da sich die tschechische Volkspartei der Stimme enthielt!

Gegen den Antrag Taub stimmten mit der Koalition auch die deutschen Landbändler,

Der Coburgskandal.

Der Antragsteller der Lex Cyrill — Sektionschef Dr. Bobel vom Innenministerium. — Cyrill, die Bischöfe und die Slowakische Volkspartei. — Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ist notwendig.

Zeit mehreren Tagen ist ein Rätselraten im Gange, wer der eigentliche Verfasser der Lex Cyrill ist. Bekanntlich hat der Vertreter des Außenministeriums Dr. Pallier im Budgetausschuß erklärt, daß als der Verfasser der Sektionschef Hartmann des Justizministeriums anzusehen sei, was dieser aber im „Prager Tagblatt“ bestritt. Nun meldet das „Prager Tagblatt“ am Sonntag, daß der Antrag auf Ergänzung des Gesetzentwurfes betreffend die Aufhebung der Fideikommiss, wodurch eben das Coburgsche Erbe dem Prinzen Cyrill zugesichert werden sollte, in der Sitzung der verfassungswidrigen Pärta am 6. Juni 1924 vom Sektionschef des Innenministeriums Dr. Bobel gestellt wurde. Nach durchgeführter Debatte wurde dieser Zusatz neu formuliert und vom anwesenden Sektionschef des Justizministeriums Hartmann aufgegeben. Während der Verhandlung des Abgeordnetenhauses am 21. Juli 1924 wurde in dieser Sitzung über Einführen des Außenministers Dr. Benes der Zusatz als Initiativantrag der koalierten Parteien vereinbart. Der genannte Sektionschef des Innenministeriums bestätigte, daß er den Antrag eingebracht und daß er den Minister des Innern um das Disziplinarverfahren gegen sich erlucht habe.

In den sonntäglichen „Libove Roviny“ steht Dr. Jaroslav S r a n s k y keine gegen Dr. Bobla begonnene Kampagne fort. Er schreibt unter anderem:

Minister Hodza verstand es, die Slowakei der agrarischen Partei tributpflichtig zu machen, doch glaube ich, daß es sich weder um noch der agrarischen Partei später auszahlen werde. Bis sich einmal in voller Klarheit das zeigen wird, was man in der Slowakei als Bodenreform und Forstverwaltung bezeichnet hat, wird es einen Zug großen Stolzes geben. Ich sehe die Perfektion der Slowakei darin, wenn aus den dortigen herrlichen Wäldern mehr ausgeforstet wird, als unter einer ordentlichen Verwaltung und Kontrolle ausgeforstet werden soll wenn slowakisches Holz unter dem Preis verkauft wird, wenn schleuderbast parzelliert wird, wenn man das Land verarmt, während Ausländer sich bereichern, wenn nicht gebaut und die Korruption nicht bestraft wird.

Die Zusammenhänge, die zwischen dem Prinzen Coburg und der slowakischen Volkspartei bestehen, werden von dem Organ der

slowakischen Sozialdemokratie „Robotnick Roviny“ behandelt. Es wird nämlich darin erklärt, warum die Presse der slowakischen Volkspartei über die Coburgaffäre bisher nichts geschrieben hat. Bischof Budnic war, so schreibt das Blatt, als Kandidat für den Rosenauer Bischofsstuhl aufgestellt. Die Prager Regierung arbeitete gegen diese Kandidatur, mußte sie aber schließlich akzeptieren und Budnic wurde zum Bischof ernannt. Es drohte nämlich eine größere Gefahr. Der Satikan wollte Budnic zum apostolischen Administrator des Graner Erzbistums mit dem Sitz in Lärnau ernennen. Damals begriff man in der Slowakei nicht, wie sich Hlinka für Budnic exponierte. Aber hat also in Rom den Einfluß Hlinkas zu Gunsten Budnic unterstützt? Vor allem Benmas Cernoch. Aber dessen Einfluß genügt noch nicht, und deshalb suchte Hlinka eine andere hochstehende Person, ein Mitglied eines Herrscherhauses, das beim Vatikan Einfluß hat und land den Prinzen Cyrill. Vergeblich waren nun alle Anstrengungen der Prager Regierung, alle Proteste der tschechoslowakischen Minister, Prinz Cyrill lehte in Rom den Willen Hlinkas durch.

Wir Recht hält sich das „Ceste Slovo“ darüber auf, daß die Untersuchung gegen den in Haft befindlichen Dr. Kider plötzlich von einem anderen Richter übernommen wurde. Die Öffentlichkeit und das Parlament sollten sich mit der Angelegenheit beschäftigen. Das „Narodni osvobodeni“ tritt für eine besondere Untersuchungskommission des Parlaments ein, was bekanntlich auch von den tschechischen Sozialdemokraten und von unserer Partei verlangt wird. Die Bevölkerung hat zu der amtlichen Untersuchung der Angelegenheit kein Vertrauen mehr, das Parlament selbst muß in das Dunkel dieser Affäre hineinleuchten.

Wofür sie sich entscheiden werden, kann angesichts der bisher bewiesenen Liebdeinerlei für die tschechischen Koalitionsparteien wohl keinem Zweifel unterliegen. Die Kriegsbeschädigten aber werden sehen, was sie von bürgerlichen Versprechungen zu halten haben!

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

In der nächsten Sitzung werden die Deutschbürgerlichen zu ihren eigenen Anträgen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge eindeutig Stellung nehmen müssen, wobei sie mit ihren Koalitionsverpflichtungen in einen unüblichen Widerspruch geraten.

Devienturie. Prager Kurse am 22. November.

	Gold	Wasser
100 holländische Gulden	1330.12	65.12
100 Reichsmark	71.25	35.25
100 belgische Belgas	489.50	472.50
100 Schweizer Franks	150.57	150.57
1 Pfund Sterling	161.40	161.40
100 Lire	141.00	164.70
1 Polak	31.79	—
100 kroatische Krunas	120.55	121.95
100 Dinar	6.50	60. —
10,000 mgarische Kronen	4.69	4.70
100 polnische Slob	371.37	377.37
100 Schilling	478.57	478.57

Die sozialistische Vierländer-Konferenz.

Berlin, 22. November. (Eigenbericht.) Die sozialistische Vierländerkonferenz, die in Luxemburg abgehalten wurde, war von Vertretern der sozialdemokratischen Parteien Frankreichs, Englands, Deutschlands und Belgiens besetzt. Der Zweck der Konferenz war, der Politik der internationalen Verständigung und Versöhnung neue Impulse zu geben und Richtlinien festzulegen, die der Zusammenarbeit der Arbeiterparteien zur Sicherung des Friedens als Grundlage dienen sollen. Die deutsche Delegation hatte eine Resolution vorgelegt, die im Sinne der früheren Beschlüsse der Kongresse der Arbeiter-internationale abgefasst war.

In der Resolution, die einstimmig genehmigt wurde, heißt es u. a.:

Die wirkliche und dauernde deutsch-französische Annäherung, die für die Festigung des Friedens unerlässlich ist, schließt notwendigerweise das Ende der militärischen Besetzung des deutschen Bodens ein, wozu die Ausführung des Dawes-Planes, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und das Antrahalten des Paktes von Locarno die notwendigen Voraussetzungen geschaffen haben.

Der internationale Sozialismus muß, heißt es weiter, gemäß dem von ihm vertretenen Grundsatz auf die Streichung der interalliierten Schulden sowie auf die Beschränkung der deutschen Schuld nach dem Werte der tatsächlichen Reparation hinarbeiten. Die Konsolidierung hängt zum großen Teil von der Entwicklung des weltwirtschaftlichen Solidaritätsbündnisses ab. Die sozialistischen Parteien müssen unablässig kämpfen, um eine größere Beteiligung des Staates und der Arbeiterorganisationen an der Leitung der neuen Renten zu sichern, wo sich der Austausch der Güter konzentriert.

Inland.

Der neueste Watschwur der deutschen Nationalsozialisten.

Die Verbündeten Spinas und Nahr-Hartings gleichzeitig für die Einheitsfront mit Alldentschen und Deutschnationalen!

Wenn alle untreu werden,
So bleiben wir doch treu
Dem Spina und dem Lodgman:
Wir san bei all'n dabei.

Die deutschen Nationalsozialisten beharren bekanntlich noch wie vor dem Deutschen Verband an, dessen Hauptstützen die deutschen Agrarier und Christlichsozialen sind, also jene Parteien, die die jetzige Regierung gegen die Arbeiter mißhandeln. Wie erkannt man nun, wenn man in der letzten Nummer des Prager „Montagsblattes“ folgenden Bericht liest:

Eger, 21. November. Die alldeutsche Volkspartei veranstaltete heute vormittags in den Frankenhäusern in Eger eine öffentliche Versammlung in der auch zahlreiche Anhänger der Deutschen Nationalsozialistischen Partei und der Deutschen Nationalpartei erschienen waren. Der Parteivorsitzende Direktor Schimmana (Prag) sprach über das Thema „Die deutsche Not“. Redner betonte in längeren Ausführungen die Politik der deutschen Regierungsparteien, die einer Preisgabe des deutschen Selbstbestimmungsrechtes gleichkomme. Zum Schluß seiner Ausführungen rief Dir. Schimmana zur Bildung einer völkischen Einheitsfront auf, der die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, sowie die übrigen kleineren völkischen Parteien und ähnlichen Organisationen angehören mögen. Der Zusammenschluß müßte ein außerparlamentarischer sein und hätte die Aufgabe zu erfüllen, die Kundgebung der deutschen Opposition im Prager Parlament zu bilden. Direktor Schimmana richtete an die Führer der Deutschen Nationalpartei und der Deutschen Nationalsozialisten das Ersuchen, mit den Vorarbeiten zur Schaffung dieser völkischen Einheitsfront sofort zu beginnen.

Im Namen der Egerer Nationalsozialisten erklärte Abgeordneter Schneider seine volle Zustimmung zu dem Vorschlag, ebenso im Namen der Nationalsozialisten Stadtrat Moriz Wolf. Die Versammlung, die einen ungestörten Verlauf nahm, schloß mit dem Lied „Wenn alle untreu werden“.

Im letzten Satz gibt es anscheinend infolge eines Druckfehlers einen Nationalsozialisten zu viel. Vermutlich dürfte nur entweder der Herr Schneider oder der Herr Wolf sich Holz zu der nationalsozialistischen Partei bekennen. Das tut aber nichts zur Sache: die Nationalsozialisten sind nunmehr auch für die „völkische Einheitsfront“, sie bringen das Kunststück zuwege, mit Agrariern und Christlichsozialen im Deutschen Verband eine doch sehr „antivölkische“ Einheitsfront zu bilden und zur gleichen Zeit mit den Alldentschen und Deutschnationalen zusammenzugehen, von denen die Verbundparteien täglich des Berrats an der deutschen Nation geziehen werden. Die deutschen Nationalsozialisten sind gleichzeitig Aktivisten, Friedentisten und — „Sozialisten“. Sie können alles und jedes, wenn alle untreu werden, sie bleiben dennoch treu — nur wissen sie nie genau, für wen sie sich jeweils entscheiden sollen. Schmod, der es so und es so kann, ist ein Wafelbua gegen die kaffereimern Germanen, die ihr Hakenkreuz immer jenen zur Verfügung stellen, die diese Ramschwanz am besten bezahlen.

Kramar gegen das Gemeindevahlrecht.

Wie zielbewußt die politische Reaktion die Deffenlichkeit zu beeinflussen sucht, davon zeugt eine Stelle aus der Rede, welche Dr. Kramar am Sonntag auf dem Kongreß der nationaldemokratischen Gemeindevertreter hielt. Er führte aus: „... Diese Umstände zeigen, daß nichts über-eiliger vor, als das allgemeine Wahlrecht auch in die Gemeinden einzuführen! Ich war für die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes für den Staat, aber es ist bedenklich in der Gemeinde, wo die Schwere der Pflichten vor allem nur die Steuerzahler spüren! Und die Steuerzahler sind es hauptsächlich, welche die Last der Gemeindefinanzlasten verspüren. Diese sind auch von dem Gefühl der Sparsamkeit erfüllt. Sie sind bereit Opfer zu bringen, aber nicht vergeblich zu verschwenden. Geringere Sie sich nur daran, wieviel neue Wähler die neue Wahlordnung gemacht hat und wieviel Zuschläge dadurch entstanden sind. Der Uebergang aus den ehemaligen drei Wahlkörpern war zu pflicht-sch, so daß zur Führung der Gemeindefinanzlasten vielfach Elemente kamen, welche nichts verstanden. Ich will die breiten Massen aus der Tätigkeit in der Gemeinde nicht ausschließen, aber diese Schichten dürfen nicht diejenigen verdrängen, welche tatsächlich zahlen.“

So offen wie es hier Dr. Kramar macht, hat noch kein bürgerlicher Politiker die Befestigung des jetzigen Gemeindevahlrechtes, einer der gesetzlichen Ertragsgemeinschaften der Nachkriegszeit, verlangt. Aber Kramar hat mehr Mut zu sagen, was er will, und so deutet diese Rede darauf hin, was die bürgerlichen Parteien alle wollen, wenn sie es auch noch nicht wagen es zu sagen. Sie möchten alle zusammen — Deutsche und Tschechen, Agrarier und Christlichsoziale — die alten Verhältnisse der Gemeinden der Vorkriegszeit wiederbestellen, wo die Arbeiter vollkommen rechtslos waren. Aber sie sollen es nur wagen das Rad der Geschichte zurückzudrehen, sie werden dann etwas erleben, daß ihnen Hören und Sehen vergehen wird!

Die deutschen und tschechischen Arbeiter aber mögen ernstlich darüber nachdenken, wie weit schon die bürgerliche Rückwärtserei gehen will.

Einer der sich selbst ohrfeigt.

Der Abg. Rudolf Böhm aus Niederebersdorf, ist einer der ärgsten deutsch-agrarischen Schreier. So laut er auch einst gegen die tschechische Regierung loszog, so eifrig ist er jetzt deren Jutreiber.

Zu den „schönsten“ Früchten der deutsch-tschechischen Regierungspolitik gehört auch die Erdrosselung der Gemeindeautonomie mit Hilfe des Gesetzes über die „Regelung“ der Gemeindefinanzen. Die Landbündler sind bekanntlich mit größtem Nachdruck für einen „Schutz der Steuerzahler“ eingetreten, hinter dem sich nichts anderes verbarg, als ein heimtückischer Angriff gegen den sozialen Fortschritt, wie er zu Gunsten der wirtschaftlich Schwächsten von uns gefördert wurde.

Gegen die Erbürgung des letzten Restes der Selbständigkeit erheben zahlreiche Bezirksverwaltungs-kommissionen und Gemeindevertretungen energig Protest. Auch die Bezirksverwaltungs-kommission in Benzen tat daselbe, wie nachfolgende Zuschrift beweist:

Bezirksverwaltungs-kommission in Benzen.
Zahl: 1718
Benzen, den 16. November 1920.
An Herrn
Schweidhart, Abgeordneter
in Bodenbach

Da der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Finanzwirtschaft der territorialen Selbstverwaltungsverbände durch die Beschränkung der Umlagenhöhe der Gemeinden und Bezirke die Möglichkeit einer gedeihlichen Weiterentwicklung und damit zugleich die Möglichkeit der Erfüllung der ihnen zugewiesenen kulturellen Aufgaben für Verkehr, Schul-, Armen-, Fürsorge- und Gesundheitszwecke nimmt, so direkt ihren Weiterbestand in Frage stellt, hat die Bezirksverwaltungs-kommission gleich anderen Selbstverwaltungs-körpern zu diesem Gesetzentwurf in ihrer Sitzung am 11. November d. J. Stellung genommen.

Nachstehend wird Ihnen die Entschliekung zur Kenntnis gebracht und Sie werden ersucht bei der parlamentarischen Verhandlung über diesen Entwurf die Interessen der Selbstverwaltungs-körper zu vertreten.

Entschliekung:

Die derzeitige Fassung des Entwurfes über die Beschränkung der Umlagenhöhe für die Gemeinden und Bezirke ist unannehmbar und ist in dem Sinne zu verbessern, daß zwar die Gemeinden und Bezirke zur Sparsamkeit zu erziehen sind, aber ihr Bestand gewährleistet wird und ihnen die Führung eines ordentlichen Haushaltes zu ermöglichen ist und ihnen daher wiederum das Recht zuerkannt werden muß, die notwendigen, beschlossenen Umlagen auch selbst einzubehalten.

Der Vorsitzende: Böhm.

Der Vorsitzende der Bezirksverwaltungs-kommission in Benzen ist niemand als — Abg. Rudolf Böhm, der seinerzeit Bezirks-hauptling wurde, weil man die Stimmen der roten Kleinbauern und Häusler fälschlich den Landbündlern zuzählte und so künstlich eine agrarische Mehrheit im Bezirke Benzen schuf. Die letzten Parlamentswahlen zeigten klar, daß die Landbündler im genannten Bezirke nicht die Mehrheit besaßen. Das vorliegende Schriftstück beweist, daß Herr Abgeordneter Rudolf Böhm eine Politik treibt, gegen die Herr Rudolf Böhm als Vorsitzender der Bezirksverwaltungs-kommission Protest erhebt. Herr Böhm ohrfeigt sich also selbst, was aber seiner Würde bei seinen Wählern keinen Abbruch tut.

Tagesneuigkeiten.

Genosse Jo'e Schuster gestorben.

Wie der Karlsbader „Volkswille“ berichtet, ist Freitag im Krankenhaus in Eibogen im Alter von 52 Jahren einer der verdienstvollsten Vertrauensmänner der westböhmischen Bergarbeiterbewegung, Genosse Josef Schuster gestorben. Der Verstorbene stammte aus dem Bilsener Gebiet und war seit seiner Jugend in Westböhmen tätig. Er arbeitete in Neufall, von wo er schon 1902 in den Vorstand der Arbeitervereine und 1907 in das Revierkomitee der Bergarbeiter entsendet wurde. Gerade da hat er sich als ein sehr erweiternder Taktiker erwiesen, der sich wohl nie von der Leidenschaft des Augenblicks mitreißen ließ, dem aber auch Hoffnunglosigkeit und Verzweiflung fremd waren. Insbesondere in der Zeit des Krieges hat er in der Ernährungsfrage ungemein viel geleistet und die Familien der Bergarbeiter, die damals seiner Arbeit so viel verdankten, werden ihm hierfür immer dankbar sein. Freitag abends versammelten sich die Vorstands- und Vertretungs-komiteemitglieder der Reviervereine in Falkenau, sowie die Mitglieder des Revierrates und die Genossen Karl Lorenz und Abgeordneter Wolf Böhl, würdigten dort ausführlich die Tätigkeit des Verstorbenen, die mehr als 25 Jahre zum Wohle der Arbeiterklasse gewährt hat.

Die Beisetzung.

Karlsbad, 22. November. Am Sonntag erfolgte die Beisetzung des verstorbenen Genossen Josef Schuster in der Kirche der Arbeiterbewegung des toten Freundes gestaltete, der sich durch sein unermüdeliches organisatorisches Talent bleibende Verdienste um die Arbeiterbewegung erworben hat. Die Leiche war tagsüber in der Vorhalle des Bergarbeitervereins in Falkenau aufgebahrt. Am 3 Uhr nachmittags versammelten sich zahlreiche Trauergäste in der Halle, wo nach einleitenden Harmoniumklängen Genosse Böhl dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf hielt, in dem er die Verdienste des toten Freundes ausführlich würdigte. Dann trugen Arbeiter-sänger den „Schottischen Barben“ vor, worauf sich der Trauergang in Bewegung setzte, dem eine unabsehbare Menge, darunter viele Abordnungen von Partei und Gewerkschaften sowie autonomer Körperschaften folgte.

Am Grabe sprachen für den Revierrat und das Revierkomitee Genosse Grundel, für die Reviervereine Genosse Lorenz, für den Angestelltenrat und den Verband der Bergbau- und Hüttenangestellten Genosse Hoffmann, für die Kreisgewerkschaftskommission Genosse Scharing und für die Kreisparteileitung Abgeordneter Genosse de Witte Worte des Dankes und Abschieds. Arbeiter-sänger sangen den Chor „Ein Sohn des Volkes“, worauf der Sarg der Erde übergeben wurde und die Trauergemeinde langsam das Grab verließ.

Wo ein Wille, da ist auch ein Weg.

Die vor wenigen Tagen in Bodenbach abgehaltene Fürsorgekonferenz der Partei hat unter Hinweis auf die Beschlüsse des letzten Parteitag alle Genossen und Genossinnen neuerlich aufgefordert, in der Kinderfreundebewegung eifrig tätig zu sein, sie in jeder Weise, besonders auch materiell zu unterstützen und zu fördern. Es ist dringend notwendig, daß unsere Genossen und Genossinnen diese Aufforderung beachten und der so wichtigen Frage der sozialistischen Erziehung des Arbeiterkinds die gebührende Aufmerksamkeit schenken. Die Werbetätigkeit unserer Kinderfreunde, die eben jetzt im Gange ist, muß endlich dazu führen, daß überall, wo es eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung gibt, auch eine Kinderfreundegruppe geschaffen wird.

Die bekannten Einwände, daß es an den geeigneten Personen, an passenden Lokalitäten fehle, daß die Genossen nicht noch einen Vereinsbeitrag zahlen können, sind in den meisten Fällen nicht stichhaltig.

Vor allem: Die überwiegende Mehrheit unserer Kinderfreundefunktionäre sind keine Berufspädagogen (Lehrer, Professoren), sondern Fabrikarbeiter, Eisenbahner, Kassenbeamte, und sie leisten trotzdem ausgezeichnete Arbeit. Jeder überzeugte Sozialist, der ein Herz hat für die Kinder seiner Klasse, der wenigstens innerlich noch jung genug ist, ihr Fühlen und Denken zu begreifen, kann in der Kinderfreundebewegung mithelfen. — Weiter: Es ist nicht notwendig, daß schon bei der Gründung der Gruppe ein Lokal zur Verfügung steht. Es müssen ja nicht gleich von Anfang an alle Zweige der Kinderfreundearbeit betrieben werden. Es gibt viele Kinderfreundegruppen, die kein eigenes Lokal besitzen und trotzdem eine fruchtbare Tätigkeit entfalten. Wie dies zu machen, kann jeder Interessent bei der Reichsleitung des Arbeitervereins „Kinderfreunde“ (Genossen G. Schweitzer, Brunn, Augarten-gasse 8) erfragen. Wir verweisen an dieser Stelle nur kurz darauf, daß die Führung einer Kinderfreunde, die Veranstaltung von Märchen-vorträgen mit Lichtbildern, die Abhaltung von Elternabenden, ferner Ausflüge, Kinderfeste und so weiter auch ohne ständiges Lokal möglich sind und doch schon ein schönes Arbeitsprogramm ergeben. — Zum Schluß: Für die Gruppen-gründung ist keine bestimmte Mitgliederzahl erforderlich. Es genügt, wenn einige wenige Genossen dem Verein beitreten und die Kinderfreundearbeit im Orte beginnen. Wobei von

Rundfunk für Alle!

Programm für Dienstag.

Frage, 24. 11. Mittagskonzert. 1. Kinder: Violoncello, 2. d'Albort; Intermezzo aus „L'elisabeth“, 3. Gena; Kammermusik. 4. Wagner: Elegantes überbl. und „Waldlied“, 5. Wagner: „Sommers Nachtstraßen“, 6. Wagner: „Die Lorelei“, 7. Wagner: „Die Lorelei“, 8. Wagner: „Die Lorelei“, 9. Wagner: „Die Lorelei“, 10. Wagner: „Die Lorelei“, 11. Wagner: „Die Lorelei“, 12. Wagner: „Die Lorelei“, 13. Wagner: „Die Lorelei“, 14. Wagner: „Die Lorelei“, 15. Wagner: „Die Lorelei“, 16. Wagner: „Die Lorelei“, 17. Wagner: „Die Lorelei“, 18. Wagner: „Die Lorelei“, 19. Wagner: „Die Lorelei“, 20. Wagner: „Die Lorelei“, 21. Wagner: „Die Lorelei“, 22. Wagner: „Die Lorelei“, 23. Wagner: „Die Lorelei“, 24. Wagner: „Die Lorelei“, 25. Wagner: „Die Lorelei“, 26. Wagner: „Die Lorelei“, 27. Wagner: „Die Lorelei“, 28. Wagner: „Die Lorelei“, 29. Wagner: „Die Lorelei“, 30. Wagner: „Die Lorelei“, 31. Wagner: „Die Lorelei“, 32. Wagner: „Die Lorelei“, 33. Wagner: „Die Lorelei“, 34. Wagner: „Die Lorelei“, 35. Wagner: „Die Lorelei“, 36. Wagner: „Die Lorelei“, 37. Wagner: „Die Lorelei“, 38. Wagner: „Die Lorelei“, 39. Wagner: „Die Lorelei“, 40. Wagner: „Die Lorelei“, 41. Wagner: „Die Lorelei“, 42. Wagner: „Die Lorelei“, 43. Wagner: „Die Lorelei“, 44. Wagner: „Die Lorelei“, 45. Wagner: „Die Lorelei“, 46. Wagner: „Die Lorelei“, 47. Wagner: „Die Lorelei“, 48. Wagner: „Die Lorelei“, 49. Wagner: „Die Lorelei“, 50. Wagner: „Die Lorelei“, 51. Wagner: „Die Lorelei“, 52. Wagner: „Die Lorelei“, 53. Wagner: „Die Lorelei“, 54. Wagner: „Die Lorelei“, 55. Wagner: „Die Lorelei“, 56. Wagner: „Die Lorelei“, 57. Wagner: „Die Lorelei“, 58. Wagner: „Die Lorelei“, 59. Wagner: „Die Lorelei“, 60. Wagner: „Die Lorelei“, 61. Wagner: „Die Lorelei“, 62. Wagner: „Die Lorelei“, 63. Wagner: „Die Lorelei“, 64. Wagner: „Die Lorelei“, 65. Wagner: „Die Lorelei“, 66. Wagner: „Die Lorelei“, 67. Wagner: „Die Lorelei“, 68. Wagner: „Die Lorelei“, 69. Wagner: „Die Lorelei“, 70. Wagner: „Die Lorelei“, 71. Wagner: „Die Lorelei“, 72. Wagner: „Die Lorelei“, 73. Wagner: „Die Lorelei“, 74. Wagner: „Die Lorelei“, 75. Wagner: „Die Lorelei“, 76. Wagner: „Die Lorelei“, 77. Wagner: „Die Lorelei“, 78. Wagner: „Die Lorelei“, 79. Wagner: „Die Lorelei“, 80. Wagner: „Die Lorelei“, 81. Wagner: „Die Lorelei“, 82. Wagner: „Die Lorelei“, 83. Wagner: „Die Lorelei“, 84. Wagner: „Die Lorelei“, 85. Wagner: „Die Lorelei“, 86. Wagner: „Die Lorelei“, 87. Wagner: „Die Lorelei“, 88. Wagner: „Die Lorelei“, 89. Wagner: „Die Lorelei“, 90. Wagner: „Die Lorelei“, 91. Wagner: „Die Lorelei“, 92. Wagner: „Die Lorelei“, 93. Wagner: „Die Lorelei“, 94. Wagner: „Die Lorelei“, 95. Wagner: „Die Lorelei“, 96. Wagner: „Die Lorelei“, 97. Wagner: „Die Lorelei“, 98. Wagner: „Die Lorelei“, 99. Wagner: „Die Lorelei“, 100. Wagner: „Die Lorelei“.

Deutschland.

Wien, 22. November. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung hat heute die Beschlüsse des Reichstages über die Einheitsfront mit Alldentschen und Deutschnationalen bekanntgegeben. Die Regierung hat sich für die Bildung einer völkischen Einheitsfront ausgesprochen, die die Interessen der deutschen Bevölkerung in der ersten Linie berücksichtigt. Die Regierung hat auch die Forderung der internationalen Verständigung und Versöhnung als Grundlage der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Konsolidierung der deutschen Finanzen als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung des weltwirtschaftlichen Solidaritätsbündnisses als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Beteiligung des Staates und der Arbeiterorganisationen an der Leitung der neuen Renten als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Sicherung der deutschen Arbeitsplätze als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Wirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Kultur als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Wissenschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Kunst als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Literatur als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Musik als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Schönen Künste als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Technik als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Industrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Handelsgewerbe als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Dienstleistungen als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Verkehrsmittel als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Energieerzeugung als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Wasserwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Luftwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Seewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bergbauwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Hüttenwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Metallwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glaswirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Porzellanindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Feinmechanikindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Elektrowirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Chemiewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Pharmaziewirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lebensmittelwirtschaft als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Textilindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Lederindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Holzindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Papierindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Glasindustrie als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik bezeichnet. Die Regierung hat die Forderung der Entwicklung der deutschen Keramikindustrie als eine der wichtigsten

Wieder ein Soldatenelbstmord. Das Kommando der 1. Infanteriebrigade meldet: Montag morgens um 7 Uhr ließ sich auf der Straße Schemow — Pilsen in der Nähe von Blühov der Soldat des 9. Infanterieregimentes Wilhelm Anton, frequentant der Reserveoffiziers-Ausbildungsschule der 1. Infanteriebrigade, in selbstmörderischer Absicht vom Zuge überfahren. Die Kommission, die den Leichnam besichtigte, stellte fest, daß es sich um einen Selbstmord handle. Nach den Aussagen der Gendarmen haben an der erwähnten Stelle (unterhalb der Barand-Gebirgsfelsen) neuer schon ungefähr neun Personen ihrem Leben ein Ende gemacht, indem sie sich vom Zuge überfahren ließen. Der Selbstmörder, der nichts hinterließ, woraus man den Beweggrund für seine Tat hätte feststellen können, kam von Prag. Da er an der Militärakademie, als guter Soldat galt und sich keinerlei strafbare Handlung hätte zuschulden kommen lassen, läßt sich nicht annehmen, daß hierin der Grund zu dem Selbstmorde zu suchen wäre. Den Militärakademie hatte er neuer angereitet. Der wahrscheinliche Grund zu seiner Tat dürfte vielleicht in zerrütteten Familienverhältnissen liegen.

Eisenbahn-Radio. Die auf einigen österreichischen Bahnstrecken eingeführten Radiowagen haben, wie die Wiener Blätter melden, sehr bedeutende Erfolge aufzuweisen. Die Zahl dieser Waggons in den Zügen soll nun stark vermehrt werden. Abends, wenn die Züge in den Bahnhöfen stehen, werden die Waggons mit den Radiowagen, bzw. ganzer Garnituren von Radiowagen auf tschechoslowakisches Gebiet.

Ein Unfall bei Weidisch. Die „Böhmische Zeitung“ meldet aus Jurgensburg: Samstag sind die Delegationen zur sozialdemokratischen Vierländerkonferenz hier eingetroffen. Weidisch erlitt bei der Abreise aus Berlin einen Unfall, indem er beim Einsteigen in den noch nicht stillstehenden D-Zug vom Trittbret abfiel und auf die Schienen fiel. Er hat die Reise trotzdem angetreten, doch wurde in Jurgensburg ein Bruch des Oberarmes und eine Schenkelzerrung am Fuß festgestellt. — Genosse Weidisch kehrte auf Anraten der Ärzte nach Berlin zurück.

Ein Jagdunfall. Samstag abend wurde eine Garnitur leerer Personenzüge vom Prager Masarykbahnhof zum Bahnhof Oberbubna in Prag, 7. verladen. Auf dem Viadukt fiel die Garnitur durch falsche Weichenstellung mit dem dort stehenden Lastzug Nr. 8205 zusammen, wobei ein Wagon des Lastzuges entgleiste. Beim Zusammenstoß wurden zwei Eisenbahner, Josef Hladky und Ferdinand Kunkl, leicht verletzt.

Eine furchtbare Explosion. An Bord des norwegischen Dampfers „Mantilla“, der in Valparaiso zwecks Reparaturarbeiten im Dock lag, ereignete sich eine schwere Explosion, die das ganze Schiff in Brand setzte. Der Dampfer wurde vollständig zerstört. Nach den bisherigen Mitteilungen sind 21 Personen getötet und 20 verletzt worden. Außerdem werden viele Frauen vermisst. Die Ursachen der Explosion sind noch nicht aufgeklärt.

Tödliche Kosterpfeile. Nach einer Müttermeldung aus Kopenhagen sind dort nach dem Gebrauch von Kosterpfeilen aus Pferdehaar zwei Personen gestorben, darunter der Arzt Professor Ellermann. Die Pferdehaare enthalten Milzbrandbazillen, die durch Verwundung mit wunden Hautstellen eine Blutvergiftung verursachen.

Verfälschte Gemeinheiten an einer Sterbenden. Die Herbergsmutter der sozialdemokratischen Lokalorganisation in Altheim (Oberösterreich) liegt seit längerer Zeit krank. Sie ging vor mehr als drei Jahren mit dem Sohn des Wäblers, Baderer- und Kürschnerbesizers Weinhäupl eine Zivilehe ein, um für ihre drei unverheirateten Kinder einen Vater und in ihrer Gastwirtschaft eine Stütze

zu bekommen. Die Familie lebte bisher unbeachtet und genoss alleseitige Achtung. Der über die Erkrankung der Mutter bedrübten Familie Weinhäupl wurde nun nachstehendes Schreiben des Bischofs durch den Diözesanbischof übermittelt:

Bischöfliches Ordinariat Linz,
3. 10. 1926. Am 8. November.
G. Begräbnis Karoline Enzinger.
An das hochwürdigste Pfarramt
Altheim.

Als Frau Karoline Enzinger mit den heiligen Sterbesakramenten versehen wurde, mußte sie von dem betreffenden Priester auf die schwere Gewissenspflicht aufmerksam gemacht werden, in geeigneter Weise das öffentliche Argernis auszumachen, daß sie durch das eheverlethende öffentliche Zusammenleben mit Josef Weinhäupl, durch den Abbruch einer sog. Nichtverheirateten und durch die Förderung des Freudenverkehrs gegeben hatte. Diese Verpflichtung besteht noch immer fort und ist die Bedingung, von deren Erfüllung die Gewährung eines kirchlichen Begräbnisses abhängig gemacht werden muß. Die Frau ist deshalb vom hochw. Pfarramt, sei es persönlich, sei es durch einen hierfür beauftragten Priester, amtlich an diese ihre Gewissenspflicht zu erinnern und auf die kirchenrechtliche Folge einer eventuellen Nichterfüllung aufmerksam zu machen. Zumindestens muß die Frau in Gegenwart zweier Jungen erklären, daß sie ihr oben näher bezeichnetes dreifaches Argernis aufrichtig bedauert und ihrerseits auf die ebemöglicste Entlassung (man beachte diesen gemeinen Ausdruck! Die Tod.) des Josef Weinhäupl und die Auflösung des gemeinsamen Haushaltes zu bringen bereit ist. Nur wenn diese öffentliche Erklärung abgegeben wird und insbesondere die Auflösung des gemeinsamen Haushaltes tatsächlich in die Wege geleitet wird, kann im Falle des Todes ein kirchliches Begräbnis gewährt werden.

Bischöfliches Ordinariat Linz,
Gef. Lugstein, KD. J. Kolba, Gen.-St.

Wir wollen nur besonders vermerken, daß die Frau noch am Leben ist, von der es auf dem Kopf des bischöflichen Schreibens so christlich lakonisch und vornehm heißt: „Begräbnis Karoline Enzinger“. Im übrigen lassen wir dieses priesterliche Schreiben in keiner ganzen Niederrichtigkeit für sich selber sprechen.

Wenn man nach Italien reißt . . . dann kann es einem so ergehen wie dem holländischen Maler de Jonge aus Amsterdam, der über seine Erlebnisse der „Röhmischen Volkszeitung“ berichtet. Er habe die italienische Grenze bei Ventimiglia passiert. Und nun geschah ihm das Folgende (wir lassen ihn mit eigenen Worten sprechen): „Prigo Signori, passaport!“ Schwarzhenden. Blau format Garibaldi, von ganz jungen Burken getragen, zeigten sich . . . Die jungen Burken auf den Grenzstationen horchen, hören, belauschen, fragen aus. Einer fragt mich: „Sind Sie Fascist?“ Leider gebe ich eine zu wenig durchdachte Antwort und sage: Nein! Es kommt im Leben öfter vor, daß man etwas gesagt hat, das man später bedauert. Wie habe ich etwas so innig tief bedauert wie damals in Ventimiglia mein Nein. Mit diesem Nein fängt die Tragödie an. Aus dem Wartesaal heraus, sagen wir auf Wirtshausart, hinein in ein Zimmer oder besser in einen steinernen vieredigen Raum, wo der Boden mit Stroh bedeckt ist und das Stroh einige Bewegungsmomente aufweist. Nicht gibt es nicht, wohl aber fünf oder sechs gewaltige mittelalterliche Schlösser. „Bella Italia!“ — Nein, noch nicht, das Schöne kommt noch. Meine Papiere und mein Gepäck werden beschlagnahmt. Meine Korrespondenz, holländisch und deutsch, muß unterfucht werden. Ich bin verdächtig! Jetzt erhalte ich den Bescheid (habe es schon geahnt), daß man einen Dolmetsch braucht. Einen Dolmetsch für Holländisch oder Deutsch in Ventimiglia! Jetzt fange ich an, schwarz zu sehen, schwar-

zer noch als meine Umgebung. Wie lange werde ich auf meinen Dolmetsch warten müssen? Hoffentlich wird in der Zwischenzeit kein neues Attentat auf Italiens Gott verübt! Ich bin selbstverständlich festgehalten worden, weil ich es wagte, „nein“ zu sagen. Sehr verständlich. Soll ich den Herren Schwarzhenden nicht sagen, daß ich meine Worte zurückziehe und inzwischen Reue empfunden bin? Wenn ich sicher wäre, meine Freiheit wiedergewinnen zu können, würde ich ins Land und dichtete eine Ode auf Mussolini. Erster Tag und erste Nacht: Im Loch gut geschlafen. Meiner erste Portion Spaghetti bekommen. Schmeckt abseufzend, niedertrotzig, natürlich schwarz. Kaffee auch schwarz, aber mehr bräunlich. Unser guter holländischer Kaffee scheint viel besser zu sein. Zweiter Tag: Spaghetti. Dritter Tag: Spaghetti. Vierter Tag: Spaghetti. Habe bereits zwanzigmal versucht, den Herrn Kommandanten zu sprechen. Vergebens. Erst muß ein Dolmetsch da sein. Aber wo soll er herkommen? Aus Holland? Aus Batavia? Versucht man, mit dem Mars in Verbindung zu treten? Kommt vielleicht de Amicis persönlich, meine Dokumente oder die in der Hauptsache unbezahlten Rechnungen und Steuerzettel selber zu prüfen? Fünfter Tag: Spaghetti. Dann Reife mit zwei Schwarzhenden und drei Carabinieri nach Mailand. Im Postgeleit zur Questura. Jemand fragt: „Mienheer, seit de Oktober?“ Ich antworte: „N . . .“, das „ein“ verschlucke ich. Es ist mir zu gefährlich, auf amtliche Fragen in Italia la bella mit Nein zu antworten. Der „ollands“sprechende Signor sagt mir, daß er „Aya“ gut kenne. Ich fühle mich geehrt, aber begreife nicht, was er damit meint. Endlich verstehe ich, daß „Aya“ die königlich niederländische Hauptstadt, der Haag, ist. Wie in meinem Leben liebt ich den Haag so wie in diesem Augenblick. Schwarzhenden und zwei Gendarmen führen mich ab. Bis Chiasso begleitet mich ein Carabinieri. Ankunft in Helvetia. Nie esse ich wieder Spaghetti!

Amerikanischer Nord. Im Oktober haben 3000 Personen in den Vereinigten Staaten durch Automobilmisfälle ihr Leben eingebüßt. Die Zahl stellt eine Rekordziffer dar.

Piraten. Der japanische Dampfer „Zusanmaru“ wurde Donnerstag von Piraten bei Tschischibadan umweit von Otsu überfallen. Der Dampfer wurde vom Ufer des Flusses aus beschossen. Der Kapitän ließ in der Annahme, daß die Militärbehörden eine Untersuchung vornehmen würden, unterliegen. Eine in Uniform gekleidete Bande drang an Bord des Dampfers ein und forderten 15.000 Dollar. Als der Kapitän den Piraten erwiderte, daß sich auf dem Dampfer kein Geld befindet, plünderten sie das Schiff aus und bemächtigten sich 13.000 Dollar sowie mehrerer Wertgegenstände. Sie verließen hierauf den Kapitän, von welchem sie ein Lösegeld von 10.000 Dollar fordern. Man erwartet, daß ein japanisches Kanonenboot Nachforschungen nach den Piraten einleiten wird.

Automatische Zugbeeintragung bei Ueberfahren des Halbesignals. Die deutsche Reichsbahn hat die Lösung des Problems der Uebertragung der Signalstellung auf den schreitenden Zug unter automatischer Einwirkung auf die Bremse in günstige verkehrliche Vorrichtungen zwischen Zehlendorf und Neubabelsberg sowie gefördert, daß nunmehr längere, besonders aber nebelreiche Strecken, mit elektro-induktiven auf der Wirkung des Magnetismus beruhenden Einrichtungen der Firmen Lorenz und Siemens und Holste ausgerüstet werden. Sollten auch die Versuche einen günstigen Verlauf nehmen, so wird voraussichtlich bereits Ende nächsten Jahres die planmäßige Ausrüstung aller Eisenbahnstrecken mit Vorrichtungen gegen das Ueberfahren der Halbesignale in Angriff genommen werden.

Brände in Prag. In der Nacht auf Sonntag brach in dem in der Polleschowitz Gasse Straße gelegenen großen Gebäude, das dem Tschäler

Karl Polorn gehört, ein Brand aus, der in kurzer Zeit das ganze Objekt ergriff und zum größten Teil einäscherte. In dem Gebäude befanden sich mehrere Lager, Kassen und Wohnungen. An den einschüßlichen Arbeiten beteiligte sich die Prager Feuerwehr und die Polizeibereitschaft. Wiederholt drangen Polizei- und Feuerwehrmänner in das brennende Gebäude, um die erschrockenen Einwohner und Möbelstücke zu retten. Zuerst wurden die Kinder in Sicherheit gebracht. Bei den Rettungsarbeiten wurden ein Oberwachmann und zwei Wachleute verletzt. Ebenso erlitten ein Straßenbahner und eine Frau Brandwunden. — Auf dem Komplot des neuen Mieters Caswertes brach Samstag abends in der Schmiedewerkstätte ein Brand aus, die vollständig eingestürzt wurde.

General Podhajsky soll zum Generalinspektor ernannt werden. Die Nachfolge des Generalinspektors soll gegenüber der früheren erweitert werden.

Ein tragisches Ende fand der 15jährige Lehrling Eduard Feldhaha der Schuhfirma Stiel. Er wollte im Keller, in dem Benzin und Petroleum eingelagert waren, ein Feuerzeug mit Benzin füllen. Dabei dürfte er unvorsichtig gehandelt haben, so daß sich die Benzindämpfe entzündeten und den Knaben sofort in Flammen hüllten. Ein ebenfalls im Keller weilender zweiter Lehrling lief sofort um Hilfe, aber die herbeieilenden Arbeiter konnten nicht mehr zu dem Unglücklichen vordringen. Unter zwei heftigen Detonationen hatte sich unterdessen das Feuer über den ganzen Keller verbreitet. Erst nach einschüßiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, das Feuer zu lokalisieren und die Leiche des verunglückten Schlingers zu bergen.

Wieder ein Mord bei Volna. Aus der Gemeinde Zibech bei Bielea an der mährisch-böhmischen Grenze verstarb in den letzten Tagen die beim Landwirt Kofner beschäftigte 21jährige, Magd Marie Jbara. Als das Mädchen am Dienstag noch immer nicht zurück war, erstattete der Landwirt bei der Gendarmerie die Anzeige. Die Gendarmerie nahm sich sofort den Geliebten der Vermissten, den Mährigen Kofner Anton Jindra aus Rittfio bei Jblau vor, der mit dem Mädchen ein Verhältnis unterhalten hatte, das nicht ohne Folgen geblieben war. Trotzdem hielt es Jindra in der letzten Zeit mit anderen Mädchen. Seine Aussagen waren sehr ausweichend, und da er nicht angeben konnte, wo er den Samstag und den Sonntag verbracht hatte, wurde er verhaftet. Inzwischen hatten sich 20 Gendarmen auf die Suche nach dem vermissten Mädchen begeben. In der ganzen Umgebung wurden alle Wälder und alle Teiche abgelaucht, es war jedoch vergeblich. Erst am Mittwoch fröh eine der Gendarmenleitwachtmeister in einer Wäldung umweit von Volna auf einen kleinen Teich, wo er im Wasser den grünen Sweater der Vermissten fand. Die Leiche wurde aus dem Wasser gezogen. Auf den ersten Blick war es klar, daß die Jbara ermordet wurde. Der Kopf der Toten wies nämlich eine furchtbare Wunde auf. Jindra leugnete die Mordtat, erwiderte aber durch zahlreiche belastende Umstände einwandfrei überführt. So vor allem erwiderte er das Mädchen vor seinem Verbrechen, es möge Selbstmord begehen und erging sich von ihm ein Schreiben, in dem das Mädchen erklärte, es wolle sich umbringen. Der Mörder wurde dem Jblauer Kreisgericht überstellt.

Ein Kreuzer beschützt ein Kinderheim. Der französische Kreuzer „Marcelle“ hielt in den letzten Tagen im Mittelmeer auf der Höhe von Toulon Schiffsbesuche ab. Angeblich infolge außergewöhnlich hohen Seeganges verirrten sich drei Leuchtgranaten und schlugen in ein an der Küste liegendes Kinderheim ein, in dem sich 200 erhaltungsbefürderte Kinder befanden. Die eine der Granaten durchschlug das Dachgebälk und zwei Stodwerke, eine andere drang in das Zimmer des Anstaltleiters und streifte den Schreibtisch, an dem dieser saß. Das dritte Geschöß landete im Garten. Durch einen glücklichen Zufall wurde niemand verletzt.

Mit der „Uro“ nach Italien.

II.
In welcher Bahnfahrt durchleben wir die Campagna, entgegen gehts Reapel. Je weiter wir südlich kommen, desto lauter, ungewohnter und lärmvoller wird das Treiben. Neapel bedeutet für den Nordländer eine andere Welt. Jeder Tag scheint da ein Fest zu sein. Das bewegt sich und singt, schreit, musiziert und häpft, daß man kaum weiß, wohin man zuerst schauen soll. Eben ist wieder ein der großen Kirchenfeste, irgendein kirchlicher Gedanktag mit Volksrummel, der ein ganzes Stadtviertel eine Woche lang bis tief in die Nacht auf den Beinen hält. Lange Straßenzüge sind verschwenderisch illuminiert, Verkaufsläden locken zu Kauf und Nischerei; Musik und Gesang, ohrenbetäubender Spektakel ist in allen Ecken. Die Stimme eines Raubers oder Mörders läßt dich plötzlich zusammenfahren — und wahrhaftig muß er sein, der so entschuldig und in verständlichen Tönen brüllt, singt, schluchzt, der mit den Füßen stampft und wild mit den Armen um sich haut, das Maul aufreißt und dir sein Gebiß entgegenbleckt. Ach nein, der Mann preist Frieden, er ist ein freundlicher Scherz gewesen sein, denn die Vorübergehenden gehen aufsehend wichtig darauf ein.

Die meisten Fenster der Häuser haben Balone, von einem zum anderen und quer über die Straßen sind Leinen gezogen, darauf die Wäsche zum Trocknen hängt. Ganze Häuserfronten sieht

man solcherart besetzt. Alles Leben spielt sich zum größten Teil in der Öffentlichkeit ab. Der Barbier ist mit seinen Kunden vor die Türe gerückt, der Schuster sitzt vor der Türe, der Sattler und Kammelmacher hat sich mit einem Stab von Holzstäben heraus auf den Fußsteig gemacht, daneben bruzzelt ein Badeständer, sitzt eine dicke Frau vor einem Holzofenfeuer und röstet Weiskolben.

Aber Mario, unsern Zählkeller, habe ich nicht kennengelernt. Signor primo, zahlen! Denn das Zahlgeschäft ist überall eine Sache für sich. Der Fremde ist da, um gerupft zu werden. Die meisten Geschäfte verlangen das Doppelte des eigentlichen Preises. Du stausst und gibst zu verstehen, daß du das Geld oder den Hut zu dem und dem Preise, der dir angemessen erscheint, kaufen würdest. Du denkst, den Verkäufer rührt augenblicklich der Zorn, so befragt ist er von deinem Angebot betroffen; er rückt die Augen angezogen der schlechten Jente, ganz klein kommt er zurück und versichert dir, daß, wenn er dir die Sache so billig losse, er Bankrott machen müßte. Ganz hilflos siehst du da vor so viel Leid. Schließlich einigt ihr euch auf einer Mittellinie; du verläßt ihn mit einem nachlässigen Gefühl in der Herzgend; das Schönerer sagt dir nicht, Gefel. Es ist Geschäft und es kommt darauf an, wer in diesem Wettspiel der Versteigerung Sieger bleibt.

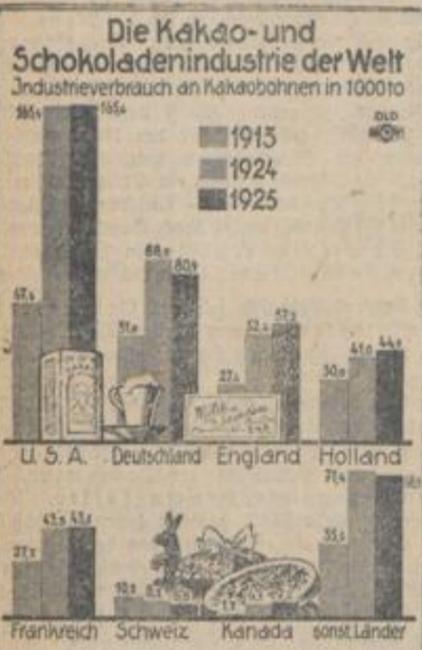
Ich sitze in Pompei und habe eben unter einer schattigen Laube meinen Mantelkasten geöffnet. Bezahlt ist und ich sitze auf. Wacht sich da nicht jemand hintermüß an meinem Wäsenkleid zu schaffen. Tschöndel, oha! Von unserer Reisegesellschaft hat eine Anzahl unlieb mit dieser Sorte

von gutangelegenen Leuten Bekanntheit gemacht. Aber nein. Ich wende mich um und ein Biskolo hält mir die Hand entgegen. Die andere Hand hält eine Bürste, mit der er mir andeutet, daß er mich soeben von Kopf bis Fuß gereinigt habe. — Wenn du nicht aufpasst, du wirst geschrippt, daß dir die Augen übergehen. — Also, Mario, Signor primo, unser Ober. Ich rüd ihm meine kleine Nische Ghiano näher, damit er sieht; er gukt in die Weinarte und bucht den doppelten Preis. 4 Lire habe ich zu zahlen, er berechnet 8; ich reich ihm einen 10-Lire-Schein und er reißt herauszugeben; ich mache ihn höflich aufmerksam, zuerst verzieht er nicht (denn in Geldfragen verstehen sie meist pöpsig nicht mehr), dann aber scheint ihm ein herrliches Licht aufzugehen; er schlägt sich vor die Stirn, Christlich frohlt ihm aus allen Knopflöchern und mit großer Gedärde schiebt er mir eine Lire zu. — Das will gelernt sein, das ist meisterhaft — kein abfälliges Wort über einen Mann, der sein Handwerk gut versteht! Du wirst angeschmiert, Knaben aber kannst ihnen nicht gram sein. So hergewinnend sicher, ich meine: so schon durchgearbeitet nach allen Seiten hin, so erklebenswert, so reich und anmüßvoll in Ausdruck und Gebärde ist dieses System, daß — wer sich leisten kann, es in der Nähe zu studieren — nicht faul drumherum gehen darf.

Gerlich liegt das Meer vor uns im Golf von Neapel, drüben der rauchende Vesuv. Ein Spaziergang am Dafen hin zeigt uns die unbeschreiblich Schönheit dieser Gegend, die sich teils amphitheatralisch mit ihren marmorierten Häusern und Bastellen vor uns aufbaut. Wir besichtigen am Morgen einen kleinen Vergnügungsdampfer und sah-

ren hinaus nach der Insel Capri. Schöne Fahrt, das Wasser ist von einem ganz reinen und tiefen Blau, laßt fängt das Schiff zu schaukeln an. Noch ist die ganze Gesellschaft fidel, das junge Volk singt Lieder aus der Heimat, und „Santa Lucia“; die mitfahrenden Amerikaner und Engländer rüden näher. Vorbei an Castellamare; erstes Halten; Sorrento! Sei gegrüßt, du mein schönes Sorrent. Kapit schon sind viele, die prächtig laut gewesen waren, stille geworden; die Seefrauenheit hat sie in eine Ode gestanden und sie schauen zum Sterben zurück in ihre Umgebung. 70 Prozent aller Fabrikteilnehmer sind krank, die einen mehr, die anderen weniger; ganz fidel ist kaum einer. Doch da die Aufmerksamkeit jetzt auf große Dinge gelenkt wird, ist vieles wieder gut. Die Ausbootung beginnt; je zwei Leute steigen zu einem Matrosen in ein kleines Boot, zwanzig oder dreißig Boote umschwimmen unseren Dampfer, haben zwei Platz genommen, rüden der Bootsmann der Plauen Grotte zu. Da ist ein kaum meterhohes Loch im steil aufsteigenden Felsen, dahinter aber breitet sich die Höhle herrlich aus (34 Meter lang, 30 Meter breit, 12 Meter hoch). Die Blaue Grotte. Ziell die ein Wunder vor, ohne Schuld, ganz einfach die Erscheinung. Dunkel zunächst um dich her, dann märchenhaftes Dämmerlicht, unendlich unter dir ein hellleuchtendes blaues Meer. So befragt hat die Seefrauenheit einige unserer Reisegefährten gepackt, daß die feurigste Perle nicht imstande war, je für eines der Reinen schlingenden Boote zum Vesuv der Grotte zu erwärmen. Alles, was sie in schaukelnder Bewegung sehen, erfüllt sie mit Entsetzen. Nach dem Mittagessen auf der Insel und auf der Heimfahrt war alles wieder gut.

Volkswirtschaft.



Die Kakao- und Schokoladenindustrien der wichtigsten Länder.

Fast verdoppelt hat sich der Weltverbrauch an Kakao, die den Rohstoff für die Kakao- und Schokoladenindustrien bilden, gegenüber 1915. Einzig und allein die Schweiz weist ein stärkeres Sinken des industriellen Verbrauchs auf infolge des Rückganges des Exportgeschäftes nach dem Kriege durch Enttarnung der Kakao- und Schokoladenindustrien der anderen Länder, besonders Deutschlands. Die Verbrauchssteigerung in Deutschland rührt nicht nur von dem stärkeren Schokoladenkonsum her, sondern auch davon, daß der Kakao infolge seines Wertverlustes heute viel mehr Volksgut geworden ist als früher.

Die Kommunistische Internationale und die Gewerkschaftsfrage.

Das Leitungsmitglied des Bucharin zum Präsidenten der Kommunistischen Internationale ernannt werden. Im Hinblick auf seine neue Würde sind seine auf der kürzlich abgehaltenen Konferenz der russischen kommunistischen Partei gemachten Ausführungen über die Gewerkschaftspolitik im Auslande von besonderem Interesse. Bucharin erinnerte bei dieser Gelegenheit die kommunistischen Parteien an die Gefahr der Erzeugung der Gewerkschaften und führt in seinem Referat über die internationale Lage ausdrücklich hervor, daß nach der einstimmigen Bekräftigung aller Genossen die dritten Waffen, die die kommunistischen Parteien in der politischen Führung besitzen sollten, an die Fähigkeit der kommunistischen Parteien, die Gewerkschaften zu führen, nicht glauben. In seinem Schlußwort sagte er laut „Pravda“ vom 20. Oktober in diesem Zusammenhang:

„In einer ganzen Reihe europäischer Parteien werden die kommunistischen Fraktionen, die in den Gewerkschaften tätig sind und die an der gewerkschaftlichen Bewegung teilnehmen, sich nicht nur als unerschrockene Kämpfer, sondern auch als Kämpfer zeigen, die in den Gewerkschaften und in den Gewerkschaften der Arbeiter und Bauern die besten und wertvollsten Verbündeten der kommunistischen Partei sind. Die Gewerkschaften sind die besten Verbündeten der kommunistischen Partei, die in den Gewerkschaften die besten Verbündeten der kommunistischen Partei sind. Die Gewerkschaften sind die besten Verbündeten der kommunistischen Partei, die in den Gewerkschaften die besten Verbündeten der kommunistischen Partei sind.“

Es scheint, daß Bucharin, der natürlich seine Tätigkeit mit irgend einer neuen „Erfindung“ ansetzen muß, den Gewerkschaften kein spezielles Augenmerk schenken will. Die Folge dürfte sein, daß sich die kommunistischen „Politiker“ noch mehr als bisher in die Gewerkschaftsfrage einmengen und die Verwirrung auf die Weise womöglich noch vergrößern werden. Bisher wird aber auch die Forderung Bucharins, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften „ein spezifisch kommunistisches Gesicht“ haben und sich in „schärfer Weise“ von den Sozialdemokraten unterscheiden müssen, die kommunistischen Vertreter, die in der westlichen Welt bereits die Aufgaben spezifischer „Gewerkschaftler“ innehaben, gerade in ihrer Auffassung bekräftigen.

Übereinstimmung zwischen der Bauarbeiter- und der Holzarbeiter-Internationale. Die vom 14. bis 16. September in Lugano abgehaltene VII. Konferenz der Bauarbeiter-Internationale hat einstimmig eine Vereinbarung mit der Internationalen Union der Holzarbeiter geschlossen, wodurch der Verband der Mitglieder der beiden Internationalen abgeleiteten Organisationen geregelt wird. Die Vereinbarung lautet: Wenn ein Mitglied einer der Bauarbeiter-Internationalen (B. I.) in einem anderen Lande in eine der Internationalen Union der Holzarbeiter (J. U. S.) gehörende Or-

ganisation übertritt, wird es behandelt als ob es bereits in seinem Heimatlande einer der J. U. S. gehörenden Organisation gewesen wäre. Umgekehrt genießt das Mitglied einer der J. U. S. gehörenden Organisation die gleiche Behandlung, wenn es aus denselben Grunde einer der B. I. gehörenden Organisation beitreten muß. Diese Vereinbarung gilt nur für Mitglieder, die innerhalb sechs Wochen übertritten. Die Vereinbarung gilt vom 1. November 1926. Einem Beschlusse der VII. Konferenz folgend, hat der geschäftsführende Ausschuss der Bauarbeiter-Internationale das Internationale Sekretariat der Zentralverbände der Arbeiter und verwandter Berufe und das Internationale Sekretariat der Steinarbeiter eingeladen, sich dieser Vereinbarung anzuschließen.

Der Film.

Rudolf Lothars Roman „Der Herr aus Berlin“ wird unter dem Titel „Gefährliche Mädchen“ auf die Leinwand gebracht werden. Todesfall. In New York ist dieser Tage Hiram Abrams, der Gründer der United Artists, gestorben. Diese Filmgesellschaft wurde erst vor sieben Jahren ins Leben gerufen und was man in Betracht zieht, daß sie heute auf der gesamten Welt Zweigstellen besitzt und Künstler wie Douglas Fairbanks, Mary Pickford, Charlie Chaplin, Buster Keaton, John Barrymore, Gloria Swanson und den kürzlich verstorbenen Rudolf Valentino vereinigt, kann man sich ungefähr eine Vorstellung machen von der Arbeit dieses Mannes, der im Alter von 46 Jahren gestorben ist.

Streik in Hollywood. Der beabsichtigte Streik der Akteure in Hollywood dürfte voraussichtlich am 1. Dezember einlegen. Wie gewöhnlich handelt es sich diesmal um nicht berufsspezifische, berechnete Forderungen nach Lohnerhöhung.

Die deutsche Filmindustrie scheint trotz der zahlreichen Klagen doch ein ziemlich gutes Geschäft zu sein, denn die Südfilm A. G., die zum Ernst-Lorenz gehört, zählt 15 Prozent Dividende aus.

Die drei Niemannsfinder, ein in der Berliner Morgenpost erschienener Roman von Carl Noll, werden von der G. E. S. B. O. M. verfilmt werden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Kunst und Wissen.

„Alles um Geld“ ist der Titel der neuen Ausstattungsrevue, die im Theater-Variete gegenwärtig gespielt wird und sich natürlich ungewöhnlicher Teilnahme des Publikums zu erfreuen hat. Der als Größtes und Höchster personifizierte Mann und das Ideal in Formgestalt treten sich in diesem Stücke an die Wand im menschlichen Leben und in der menschlichen Gesellschaft und geben Anlaß zu den wechselläufigsten Situationen und grotesken Bildern, deren die Revue „bloß“ dreißig, nach einem Prolog enthält. Auch diese Revue hat wieder mehr als ein halbes Dutzend Verfasser: ihre Handlung und Freie schreiben Arzene Futurista, Jaso Kobori und A. Lohr, ihre Musik kommt aus der Werkstatt der Komponisten Bekke, Glala und Kobori und als Dichter der Prologreue (schließlich) waren A. Lohr, Dr. Gerbeny, S. Spilar und S. Mikovitch tätig. Diese neue Revue ist übrigens wesentlich besser, als die gleich im Variete gegebene und überaus ebenso sehr durch manche originellen Einfälle der Szenen und Handlung wie durch mitunter recht charakteristisch erfundene musikalische Unterlage. Auch die künstlerische Durchführung ist diesmal zu loben, wenn auch in den großen Ballett-ensembles alles noch nicht so klappt wie es die einheitliche Wirkung derartiger Massenstücke erfordert. In den Hauptrollen hatten die beiden Prager tschechischen Volkstänzer Kobori und Jaso Futurista (letzterer hatte auch die mühselige Regie in Händen) den besten Erfolg. Ausgeszeichnete tanztänzerische Leistungen, die oft von akrobatischen, magischen Art waren, bot das Tanzpaar Firnikoff. Unter den weiblichen Hauptdarstellerinnen hielten namentlich M. Farduska und M. Valenova aus. ja—

Dritte Arbeiterdarstellung. („Eugen Onegin“). Oper in drei Akten von Peter I. Tschaikowski. Tschaikowski'sche Werke Onegin-Szenen sind heute eine der beliebtesten Repertoireoperen aller großen Theater, weil sie ebenso wertvoll musikalisch wie dankbar für die Sänger sind. Unter den zehn Opernwerken Tschaikowski's hat nur der „Eugen Onegin“ dauernd auf den deutschen Opernbühnen Fuß gefaßt. Das aus dem Jahre 1879 stammende Werk wirkt auch heute noch durch den russischen Schwung und die feinen Schöpfer eigenartige, laute und klauische Farbenpracht seiner Musik. Die Oper als vollständige Theaterdarstellung zu wählen, war Kommodität, da der „Eugen Onegin“ ein Musterstück der russischen Opernliteratur darstellt und das Hauptdarstellerwerk eines der größten russischen Komponisten ist. Das Prager deutsche Theater hat den „Onegin“ ungeschickter Weise erst im Vorprolog zur Erstaufführung gebracht und seinen Spielplan einseitig: Alexander Zemlinsky hat damals die ausgezeichnete Einstudierung selbst besorgt. Es ist daher zu bedauern, daß er nicht auch selbst, wie es im übrigen der Theaterbetrieb ausdrücklich verbieth, die Leitung dieser Arbeiter-Opernaufführung übernommen, sondern seinem ersten Kapellmeister Wilhelm Reinbohs überlassen hat. Denn dieser tüchtige und temperamentsvolle Dirigent muß natürlich hier und da anderer musikalischer

Auffassung sein, als sie der Opernchef in seiner Einstudierung zum Ausdruck brachte, woraus sich selbstverständlich manche Differenzen in der Gesamteinstudierung des Werkes durch Reinbohs ergeben. Oder lassen wir, wie schon einmal, annehmen, das Zemlinsky gerade unsere Arbeiter-Opernaufführungen begünstigt? Vor einem ausverkauften und befallenen Hofe, wie es unseren Arbeiterdarstellungen regelmäßig beschieden ist, zu dirigieren, muß auch einem Dirigenten vom Range Zemlinsky Freude machen; die Aufführung der Oper war im übrigen, namentlich hinsichtlich der solistischen Leistungen, vorzüglich und fand den besten Beifall des ausverkauften Hauses. In den Hauptrollen traten sich Fr. Lotos, Frau Schwarz und Frau Kalina sowie die Herren Hagen, Dr. Fellner und Horner hervor. Labers liebevolle Regie trug wesentlich dazu bei, die Stimmung der Aufführung zu heben. — e.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Dienstag, 7 Uhr: „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“ (18-2). — Mittwoch, 7 Uhr, Gastsp. Leop. Kramer: „Rathan der Weise“ (17-1). — Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Jenny“ (19-3). — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Der große Bluff“ (21-1). — Samstag, 7 1/2 Uhr, Festvorstellung zugunsten des Deutschen Theatervereins: Ensemblegastspiel des Wiener Staatsoperballetts. — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr, Arbeitermehrwort, Gastsp. Leop. Kramer: „Rathan der Weise“; 7 Uhr, Ur-

Turnen und Sport.

Bürgerlicher Sport.

DfC. Profi gegen Viktoria Zizkow 4:3 (1:2). Ein richtiger Punktspiel der beiden sich gleichwertigen Gegner. In der ersten Halbzeit hatte Viktoria mehr vom Spiel, in der zweiten wieder die DfC. Das Spiel wurde in einem sehr schnellen Tempo durchgeführt, dem schließlich Viktoria auch zum Opfer fiel und beide Punkte verlor. Der DfC konnte gefallend, doch wieder auch er Läden auf, die dem Gegner immer Gelegenheiten gaben, durchzubrechen und zu korren. Das gilt speziell vom DfC, das auch in manchen Perioden ein ungewöhnliches Spiel zeigte. Die Verteidigung wurde dadurch überlastet, mehr aber noch durch den ihr fehlenden raumgewinnenden Stoß. Der beste Teil war noch die Stürmerreihe, in der die linke Seite etwas aus dem Rahmen fiel. Ihr rationelles Spiel, die wechselnde Kombination und auch ein anspornendes Spiel sicherten ihrem Klub die Punkte. Viktoria scheint wieder im Kommen zu sein, doch hat der einst so schlaggewaltige Angriff nachgelassen. Die Halbtöne war nicht besser als die vom DfC, nur der Mittelstürmer fiel gänzlich ab. Das Verteidigungsvermögen war sehr gut, hatte aber gegen den anfangs behäbig dahinwandelnden Angriff des DfC leichte Mühen. Ein Tor für DfC wurde wegen Offside nicht gegeben, während Viktoria einen Elfmeter an die Latte schoß. Der Sieg der Blauweissen ist ein verdienter und wäre der ganzen WJ nur noch mehr Schnelligkeit zu wünschen. Der Schiedsrichter war seiner Aufgabe gewachsen, die ihm aber durch das sehr tabulartige Publikum gerade nicht leicht gemacht wurde. — n.

DfC. Amateure verlieren gegen SK Zizkow 2:3 (1:1). Die blauesähen Amateure scheinen jetzt in denselben Bahnen zu wandeln, wie vordem die Profis. Passgenaue, überflüssige Kombination im Torraum, ungenauere Schüsse, ein schwaches Holz und zudem eine eberholde Verteidigung; der Tormann war gut, er verhielt manches Tor. Die Zizkower zeigen keinen Rückfall, waren aber dafür befristet, mit ihrem bescheidenen Können zu Erfolgen zu kommen und das gelang ihnen. Einmal wirkte ungenügend: das immerwährende Protestieren gegen die Entscheidungen des Schiedsrichters; er war aber tatsächlich schwach. — n.

Sportbrüder gegen Slavoj Zizkow 3:1 (3:0). Die Sportbrüder hatten sich die Profis-Mannschaft Slavoj's als Gegner verschrieben und konnten bei gleichwertigem Spiel dank ihrer schärferen Stürmerreihe den Sieg erringen. Die Zischen zeigten sich von der angenehmen Seite, lieferten ein feines und auch schönes Spiel, waren jedoch sehr vom Schicksal verfolgt. Schiedsrichter gut.

SK. Bräpice gewann ihr Ligaspiel am Samstag gegen Ruselitz SK mit 8:1. — Sonntag traten die Wschowitzer der wohnsitzgerühnten Amerika-Mannschaft der Prager Sport gegenüber und konnten dieses Treffen unentschieden 2:2 gestalten. Dieses Resultat ist ein Erfolg der Grünweissen, die zudem auch noch vom Schiedsrichter hart benachteiligt wurden, was speziell in der zweiten Halbzeit offen zutage kam. Aber auch die Amerika-Sparta war nicht faul; um so den Sieg zu erringen, wechselte sie die Spieler immer durch frische aus. Der reinste Tauschschlag! Trotzdem gelang es nicht! Das ist gleichbedeutend mit einer Niederlage, die der Amerika-Sparta trotz allem zum Leidwesen einlecken mußte, da er noch dazu den Vorteil des eigenen Platzes für sich hatte. Die Wschowitzer hatten in der zweiten Halbzeit trotz aller Schlägen sogar mehr vom Spiel und machten mit der Sparta, was sie wollten, für die es ein Glück war, daß der Schiedsrichter noch ihr größter Mann war.

Zonitige Resultate vom Sonntag, Prag: Slavoj gegen DfC 4:1. Profi-Weißhirsche: DfC. Zarem gegen SK. Bubeneč 2:2. — Pilsen: Slavoj gegen Olympia 2:0 (2:0). — Pardubitz: SK gegen SK. Königgrätz 3:0 (2:0). — Kumburg: Jungbunzlauer gegen Kumburg 5:2 (4:1). — Kachob: SK gegen SK. Kofelitz 5:2. — Teplice: DfC gegen Sportbrüder. Červená 1:2 (1:2). DfC. 2. Profi gegen Slavoj Zizko 3:0 (1:0). — Turn: Cefu Len. Rejstomil gegen SK. 4:2. — Uge: Sportbrüder gegen

aufführung: „Ich und Du“. — Montag, 7 1/2 Uhr, Beethoven-Feyer: Philharmonisches Konzert.

Kleine Bühne. Dienstag: „Reiner Tisch“. — Mittwoch: „Rosp oder Schrift“. — Donnerstag: „Der Gatte des Fräuleins“. — Freitag, Kulturwochenmarkt, Gastsp. Vepi. Stöckner-Kramer: „Frau Warten's Gewerbe“. — Samstag: „Reiner Tisch“. — Sonntag 3 Uhr: „Rosp oder Schrift“; 7 1/2 Uhr, neuinstudiert: „College Crampion“. — Montag: „Der große Bluff“.

Bereinsnachrichten.

Freier Radioklub, Zweigstelle Prag. Mittwoch um 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter, Smerschlagasse Nr. 27, Vortrag des Genossen Paterno: Einführung in die Elektro- und Radiotechnik. Anschließend Vokalstudien, Hörabend.

Aus der Partei.

Seminar der Bezirksorganisation Prag. Einführung in den Sozialismus. Heute, Dienstag, halb 8 Uhr abends im Küchenlokal der Sec. Jägerovo nam. 4, Vortrag des Genossen M. Jolich „Was ist Klassenkampf?“

Turnen und Sport.

Karlöbder Jd. Amateure 3:0 (1:0). — Kowrat: DfC gegen DfC. Bubeneč 3:3 (2:0). — Kuffig: DfC gegen Garnisonklub Theresienstadt 3:2 (2:1). — Keltomitz: SpBg. Teichschen Bodendach gegen DfC. 4:1 (3:0). — Brunn: Mor. Slavoj gegen DfC. 6:3 (3:2). Zdenice komb. geg. DfC. Trebitz 4:1 (3:1). — Troppan: SK. Oberberg gegen DfC. 3:2 (1:0). — Jägerndorf: Währ. Kataner SK. geg. DfC. 4:1 (3:1). — Breßburg: SK. Slavoj gegen Jwint. Jährt 3:1 (2:1). Kofas gegen Slavoj 0:0. Vigi gegen Kofas 2:1 (1:1). — Komorn: Jd. gegen DfC. Breßburg 3:0. — Budapest: 3. Bezirk gegen Hungaria 2:0 (0:0). Upeft gegen DfC. 1:0 (0:0). JdC. gegen Kofas 1:0 (0:0). Kofas gegen Krenzen 3:2 (1:0). Kofas gegen Slavoj 4:0. — Wien: Vienna gegen Zimmern 8:1 (3:1). Galoch gegen Sportklub 1:0 (0:0). WdC. gegen DfC. 3:2 (2:2). Slodan gegen Rudolfsbühl 0:0. Kofas geg. Floridsdorf 5:3 (3:2). — Graz: KAS. Kram gegen SK. 1:1 (1:0). — Kärnten: SpBg. Fürtz gegen Wader Kärnten 3:1. KAS. Kärnten gegen SK. Fürtz 3:3. — Augsburg: 1. FC. Kärnten gegen Schwaben 2:1. — München: 1890 gegen FC. Bayern 3:0. Bayern gegen WdC. Fürtz 3:0. — Leipzig: Fortuna gegen WdC. 4:1. Wader gegen Sportfreunde 3:2. — Dresden: Ring gegen Radebeuler FC. 1:0. SpBg. gegen Brandenburg 2:1. Sportklub gegen FC. 06 2:0. WdC. gegen Gutts Ruis 3:2. Dresdenklub gegen Sportgesellschaft 3:1. — Berlin: Sportklub gegen Tennis-Berlin 3:1. — Hamburg: SK. gegen SK. 7:1. Viktoria gegen Holstein Kiel 2:2 (1:2). Vaul gegen St. Georg 1:4. — Englische Liga: Krefel gegen Zunderland 2:3. Kofas Wunderklub gegen Leichter City 2:0. Barnley gegen Tottenham Hotspur 5:0. Westham United gegen Cardiff City 2:1. Aston Villa gegen The Wednesday 2:2. Derby County gegen Walsburn Rovers 4:5. Liverpool gegen Westbromwich 2:1. Leeds United gegen Burn 4:1. Newcastle United gegen Birmingham 5:1. Manchester United gegen Everton 2:1. Sheffield United gegen Huddersfield Town 3:3.

Heden-Propagandatornieren in Prag. Fogibor gegen DfC. 1:0 (0:0). Viktoria Weinberge gegen Slavoj 1:0 (0:0) nach Verlängerung. Kofas Team gegen Slavoj 1:0 (0:0) nach Verlängerung. Union Zizko gegen Kofas 2:2 (2:1) wegen Unfairheit Verlängerung verschoben.

Herausgeber Dr. Ludwig Ege. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riegener. Für den Druck verantwortlich: D. Holik. Druck: Deutsche Zeitung-A.G. Prag.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckwerken wie: Tabellen, Bühren, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakate, Flugblätter, Faltblätter, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Fischergasse Nr. 6.